

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colophonelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Unmöglich?

Es ist kein glückliches Wort: unmöglich. Von denen, die es oft im Munde führen, ist nichts Gutes zu erwarten. (Carlyle.)

Für die Großen und Besten der Menschheit, für unsere Entdecker und Erfinder, für die Helden auf dem Gebiete der Künste und Geisteswissenschaften gab und gibt es keine Unmöglichkeit. Aus dem Bewußtsein heraus, daß dem ersten unermüdbaren Streben, dem tatkräftigen, feitschiedenen Willen alles möglich ist, erwuchs ihnen die Kraft, sich dem Ziele täglich zu nähern. Die Eroberung des Reiches der Älste durch Luftschiff und Flugapparat, die Entdeckung der elektrischen Kraft mit ihren ungeahnten Wirkungen, die Geistesprodukte eines Aristoteles, die unsterblichen Schöpfungen eines Michelangelo, die sittliche Größe und leuchtende Tugend so vieler großer Männer und Frauen aller Stände und Jahrhunderte liefern den Beweis, daß das Gebiet der Möglichkeit sehr weite Grenzen hat.

Noch ziehen die meisten Menschen diese Grenzlinien recht eng um sich und ihr Wirken; nicht immer in bescheidener Selbstgenügsamkeit. — Viele sehnen sich sogar hinauf in eine sozial freiere Gesellschaftsklasse; manche möchten auch wohl charakterfest und gut sein — da aber die Erfüllung dieser Wünsche große Anstrengung, viel Mühe, heißes Ringen mit Hindernissen fordert, trösten sie sich mit dem Gedanken: „unmöglich“. Sie scheinen nicht zu wissen, daß in jedem entwicklungsfähigen Kraft schlummert, Ergen zu sprengen, um sich täglich ein größeres Gebiet materieller und ideeller Möglichkeiten zu erringen; daß der Schöpfer mit dem Worte: „Macht euch die Erde untertan“; das Streben allen Menschen zur Pflicht gemacht hat. Solange noch so viele kostbare innere Kraft brach liegt in körperlich starken Menschen, solange dem geheimen Sehnen und Wünschen das Unmöglich eine Schranke errichtet, so lange ist kein allgemeiner Fortschritt der Menschheit zum Guten und Besten zu erwarten. Doch was heute unmöglich ist, kann morgen möglich werden. Wer einmal den Mut hatte, dem lähmenden „Unmöglich“ ein energisches „Möglich“ entgegenzusetzen, eine Arbeit, die nicht gelingen will, mit feisthem Mut und verdoppelter Kraft anzupacken, wird die schwierigste Arbeitsleistung oder die noch schwerere Selbstbeherrschung auch ein zweites und drittes Mal möglich finden. Von ihm darf man Gutes hoffen.

Sollte die Welt nicht bald anders ausschauen, wenn eine große Menge sich entschließen könnte, den Kampf mit dem „Unmöglich“ aufzunehmen, d. h. mit der Unlust, Faulheit, Trägheit, Mutlosigkeit; dagegen mit allen Kräften an der Verwirklichung ihres Selbst und ihres Wirkens, an der Hebung ihres Standes und an der Erhaltung der Nation arbeiten wollten? Die Indolenten, uninteressanten Halbpläfer mögen bei ihrem „unmöglich“ verharren. Für die Klugen, Gesunden und Starke darf es nur ein „möglich“ geben.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Das Jahr 1910 war für die deutsche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und für die christlichen Gewerkschaften im besonderen ein sehr bedeutungsvolles. Es hat dem Gewerkschaftsgedanken auf den verschiedensten Gebieten wieder um einen großen Schritt vorwärts verholfen. Das Ergebnis der beiden größeren Kämpfe des verfloffenen Jahres (Bauarbeiterausperrung und Werftarbeiterbewegung) haben das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Gewerkschaftsbewegung erneut gestärkt und befestigt. Die einzelnen Verbände haben ihre Truppen wieder wesentlich vermehrt, und diese Entwicklung hat auch in diesem Jahre angehalten.

Die Tarifverneuerung im Baugewerbe führte zu einer Ausperrung von 200 000 Bauarbeitern, die sich über neun Wochen hinzog. Bei Aufhebung derselben mußten indes den Arbeitern in fast allen Differenzpunkten Konzessionen gemacht werden. Die seitliche Grundlage des Vertragsmusters, die die Unternehmer zuungunsten der Arbeiter umgestaltet wissen wollten, wurde aufrechterhalten; die Forderung einseitiger Unternehmerarbeitsnachweise wurde zurückgewiesen; der ehemalige Beschluß der Generalversammlung des Unternehmerverbandes, nirgends mehr eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden zuzulassen, wurde aufgehoben, und schließlich mußten den Arbeitern noch Lohnerschöngungen von vier bis acht Pfg. pro Stunde während der dreijährigen Vertragszeit zugesichert werden, was für die betroffenen Arbeiter während der Vertragsdauer eine Lohnhöhung von 60—80 Millionen Mark bedeutet. Die deutsche Gewerkschaftsgeschichte kennt bisher keinen Fall, wo die Unternehmer eine Ausperrung unentzerrten und schließlich selbst die „Kriegskosten“ in dem Umfang bezahlen mußten, wie bei der Bewegung im Baugewerbe in 1910. Dem Kampf im Baugewerbe folgte dann jener auf den deutschen Seeschiffswerken. Hier wurde, als zwischen den streitenden Parteien eine Einigung nicht zustande kam, die Ausperrung von 400 000 Metallarbeitern angedroht. Die Drohung wurde indes nicht ausgeführt. Der mächtigste deutsche Unternehmerverband: der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der seither jedwede Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen ablehnte, hat bei diesem Kampf erstmalig, entgegen seinen früheren Gepflogenheiten, sich auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften eingelassen und die Schiffsbauindustriellen zu Zugeständnissen bewegt. Diese Tatsache bedeutet für die Gewerkschaftsbewegung eine bedeutungsvolle

erziehlige Errungenschaft in der Großindustrie. Durch sie hat die Idee von der alles niederzwingenden Sieghaftigkeit großer Massenausperrungen eine gewaltige Erschütterung erlitten.

Das Ergebnis der beiden Kämpfe hat denn auch zu bedeutameren und symptomatischen Erörterungen über die Stellung und Bedeutung der Unternehmer einerseits und der Gewerkschaftsbewegung andererseits in der Volkswirtschaft geführt. Unmittelbar vor der Bauarbeiterausperrung vertrat Herr Professor Lamm („Ferdinand Lassalle“ Seite 87) noch diese Auffassung: „Gegenüber den gewaltigen Organisationen der Arbeitgeber mit ihren fast unerschöpflichen Kampfmitteln und ihren erprobten Kampfmethoden wird die Gewerkschaftsbewegung auf die Dauer nicht aufkommen.“ Dagegen stellte am 2. November 1910, unmittelbar nach den großen Kämpfen im Bau- und Metallgewerbe, Professor Weber in die These auf: „Die letzten Kämpfe zeigten, daß die Arbeitgeberverbände vorläufig und wahrscheinlich auch in ihrer Mehrzahl dauernd schwächer sind als die Arbeiterorganisationen.“

Man braucht schließlich keines der Urteile der beiden Volkswirtschaftslehrer als unbedingt richtig anzuerkennen. Die Gewerkschaftsbewegung kann weder von einer Unter-, noch von einer Ueberhöhung der Kräfte im Unternehmerlager praktischen Nutzen ziehen. Für sie ist die nackte Wirklichkeit der einzig richtige Ratgeber. Tatsache bleibt aber, daß das Ergebnis der beiden Kämpfe im Lager der Unternehmer eine große Nervosität ausgelöst und zur Neuorientierung ihrer Kampfstrategie geführt hat. Ueber die künftig einzuschlagende Taktik gegenüber den Bestrebungen der Gewerkschaften besteht gegenwärtig im Unternehmerlager keine Uneinigkeit. Herr Generalsekretär Bued infolge hohen Alters sich vom Zentralverband deutscher Industrieller verabschiedete, führte er u. a. aus:

„Noch im vorigen Jahre habe ich in der Versammlung der Arbeitgeberverbände der Zuversicht Ausdruck geben können, daß selbst die mächtigsten Gewerkschaften den vereinigten Arbeitgebern überwinden und ihrem Kapital nicht widerstehen könnten. Diese Zuversicht habe ich heute nicht mehr!... Es waren namentlich die drei großen wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres, die so beprimierend auf meine Meinung gewirkt haben. Im Baugewerbe kam schließlich ein Kompromiß zustande, das aber in der Hauptsache als Niederlage der Arbeitgeber zu bezeichnen ist. Ich habe dabei den Mut der Herren vom Reichsamte des Innern bewundert; die den Arbeitern gegenüber gewisse Garantien dafür übernommen, daß die Arbeitgeber nach drei Jahren in der Lage sein würden, höhere Löhne zu zahlen. Bei diesen Kompromissen zieht in der Regel der Arbeiter den Vorteil. Ich halte es daher auch nicht für richtig, daß sich die Behörden in solchen Streitigkeiten einmischen. Auch der Streik der Werftarbeiter und der Straßenbahnerstreik in Bremen endeten mit einer Niederlage der Arbeitgeber. Die mühselig geleiteten Organisationen der Arbeiter haben sich zu einer furchtbaren Waffe entwickelt. Mit Ausperrungen drohen, damit wird nichts erreicht, darüber lachen die Leute bloß. Kleine Ausperrungen von 30 000 bis 40 000 Mann werden auch von den mächtigen Gewerkschaften mit Leichtigkeit getragen. Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: zunächst unter Leberwindung der aus kleinlichen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen; zu geschweigen, zu vernichten — das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht —, oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Föder und Aufreißer zu beugen und nach ihrer Pfeife zu tanzen.“

Herr Bued ist also der Ansicht, daß die Unternehmer durch festen Zusammenschluß „die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerstören, zu vernichten“ hätten; er glaubt nicht mehr daran, daß den Unternehmern durch die Gesetzgebung der erwartete Schutz zuteil werde gegenüber den Gewerkschaften. Andere einflußreiche Unternehmerkreise dagegen sind der Ansicht, daß die Industrie allein die Opfer, die ihr Bued zumutet, nicht tragen könne, daß vielmehr die Gesetzgebung zugunsten der Industriellen einzugreifen habe.

Die hier ventilerten Probleme sind nicht neu; sie haben seit 20 Jahren die Tagungen der Unternehmerverbände mehr oder minder stark beschäftigt. Als 1890 das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, hat sich der Zentralverband deutscher Industrieller alsbald mit der Frage beschäftigt, wie sich neue gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung durchführen lassen. Als dann 1899 das Gesetz betreffend den Schutz der Arbeitswilligen; die sogenannte Zucht-hausvorlage; die jahrelang die Arbeiterschaft beschäftigt hatte, abgelehnt worden war, wurden eine Zeitlang die Selbsthilfebestrebungen der Unternehmer gegen die Gewerkschaftsbewegung stärker hervorgehoben. Es wurden in Hamburg und Berlin die Unternehmerzwangsarbeitsnachweise erdacht, es wurden die verschiedensten Ausperrungsmethoden, die Massen-ausperrungen, die Ausperrungen nach dem A-B-C diskutiert und teilweise praktiziert. Und jetzt ist man wieder in verstärkter Maße bei der Forderung nach neuen gesetzlichen Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung angelangt.

Wir gehen mit den Industriellen darin einig, daß der deutschen Industrie in Gegenwart und Zukunft sehr bedeutungsvolle Aufgaben obliegen; sie soll in der Hauptsache alljährlich 900 000 Personen — so groß ist der deutsche Bevölkerungs-

zunahme — die Existenzmöglichkeit verschaffen. Weiter ist die Stellung verschiedener deutscher Industriezweige in dem internationalen Konkurrenzkampf eine außerordentlich schwierige. Trotzdem müssen wir die Auffassung, als ob durch gesetzliche Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung die Stellung der deutschen Industrie befestigt und ihre Weiterentwicklung sichergestellt werden könne, als eine außerordentlich Kleinliche bezeichnen; sie steht zu dem von unseren deutschen Industriekapitalen entwickelten Unternehmungsgeist, der es mit allen Schwierigkeiten aufnimmt, in striktem Gegensatz.

In einer Zeit, in der man für die Industrie staatlichen Schutz gegenüber dem Auslande und für ihre Markterweiterung größtmögliche Bewegungsfreiheit fordert und selbst vom Staate verlangt, daß er sich mit seinen gewerblichen Unternehmungen den Industrieländern (Rohstoffländern) anschließt — in solcher Zeit müssen Forderungen von der gleichen Seite nach Einengung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen vermittelst der Gesetzgebung geradezu als absurd bezeichnet und zurückgewiesen werden. Solange die Unternehmer der Großindustrie nicht den ersten Willen gezeigt haben, sich auf eine Verständigung mit den Arbeiterorganisationen einzulassen, müssen sie jedenfalls sich Gedanken entschlagen, daß ihr gegen die Arbeiterorganisationen gerichteter Appell an die Gesetzgebung etwa als eine allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit anzusehen oder zu bewerten sei. Den deutschen Industriellen wird vielmehr nichts anderes übrig bleiben, als daß sie sich mit Vertretern der Arbeiterorganisationen an einen Tisch setzen und ihnen eventuell von Fall zu Fall den Nachweis bringen, daß hinsichtlich dieser oder jener Forderung die Möglichkeit besteht, sie jeweils zu realisieren. Dann werden sie finden, daß auch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft Verständnis für die Stellung der deutschen Industrie anzutreffen ist und daß die sogenannten „Forderungen im Interesse der Agitation“ zu einem sehr großen Teile zurückgebrängt werden und aus den Versammlungen verschwinden. Durch die Herbeiführung einer solchen Sachlage wäre dann auch dem sogenannten „Demagogentum“ in der Arbeiterbewegung am wirksamsten das Konzept verdrängt. Andererseits müssen sich die Unternehmer damit abfinden, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach einem größtmöglichen Anteil an den Erträgen unserer Produktion und der Gesamtentwicklung gerechtfertigt sind und sich nicht mehr gewalttätig zurückdrängen lassen. Das heißt schließlich unser gesamtes Kulturideal zurückdrängen; was ein vergebliches Beginnen wäre.

Auch im Gewerkschaftslager haben die beiden Kämpfe zur Aufrollung gewerkschaftlicher Grundfragen geführt. Dadurch, daß der Kampf im Baugewerbe, der sich auf Hunderte von Orten erstreckte, durch Schließenspruch seine Wendigkeit fand, und daher manche berechtigten Forderungen nicht berücksichtigt werden konnten, hat sich veranschaulicht auch in Arbeiterkreisen eine Unzufriedenheit mit dem Ergebnis des Kampfes bemerkbar gemacht. Das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes „Der Zimmerer“ hat nachträglich diese Unzufriedenheit weiter genährt und sich gegen Tarifbewegungen von ähnlichem Umfang ausgesprochen. Es rebete von „Einpferdung“, „Einschränkung der Aktionsfreiheit“, „Anbelung“ durch Tarife und vertrat den Standpunkt, daß bei der Tarifgestaltung nicht „Routine und Diplomatie“ der Führer, sondern „der einzig zuverlässige Faktor nur noch die Masse“ sei. Das Organ des sozialdemokratischen Malerverbandes, „Der Vereinsanzeiger“, betrachtet die Tarifverträge lediglich als eine „Frage der Taktik“ und legte sich u. a. die Sache wie folgt zurecht:

„Wir haben bereits erwähnt, daß der Tarifvertragsvertrag eigentlich nichts als eine Formsache ist. . . . Auf der anderen Seite könnten ja die . . . Arbeiter, wenn sie vollständig organisiert wären und ihre Macht hinreichend würdigen, den Unternehmern einfach ihre Bedingungen, bitten und wir wären über die Frage des Tarifes hinweg. . . . Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von den beiden Teilen der Stärkere ist und dieser wird dann in die Lage kommen mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.“

Der Entwicklung des Tarifvertrages würde der denkbar schlechteste Dienst erwiesen, wenn diese Auffassungen Allgemeingut in der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden sollten. Die christlichen Gewerkschaften haben mit ihnen jedenfalls nichts gemein. Wer den Tarif will, muß sich ganz naturgemäß damit abfinden, daß auf die Dauer an die Stelle der ehemals in den einzelnen Orten und Bezirken vereinbarten Tarife der Reichstarif tritt. Das liegt schon in der Tatsache der Notwendigkeit begründet, daß Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgelände mit gleichmäßigen Konkurrenzbedingungen darstellt. Sobald das Tarifwesen innerhalb eines Gewerbes eine bestimmte Entwicklungstufe erreicht hat, erweist sich als notwendig, daß eine einheitliche Grundlage herausgearbeitet wird, von der aus auf eine bessere Ordnung innerhalb des Gesamtgewerbes hingesteuert werden kann. Daß bei der Gestaltung solcher, das ganze Reichgebiet umfassender, zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu vereinbarenden Gewerbeverträge die Arbeitgeber und Arbeiter eines Ortes nicht den Einfluß ausüben können, den sie früher bei Gestaltung örtlicher Tarife ausübten vermöchten, ist eine Selbstverständlichkeit und unvermeidlich. Wer diese Begleiterscheinung in der Tarifbewegung nicht in den Kauf nehmen will, muß im letzten Grunde das Tarifwesen überhaupt negieren.

Auch aus dem einseitigen Bogen auf die wirtschaftliche Macht erwachsen auf die Dauer der Tarifgestaltung nur Schwierigkeiten. Es steht ohne weiteres fest, daß ohne die Machtenhaltung der beteiligten Arbeiterorganisationen der heutige Stand der deutschen Tarifbewegung nicht erreicht worden wäre. Ehemals haben sich die Arbeitgeber in den handwerklichen Berufen genau so der Tarifvertragsabsee widersetzt, wie es heute noch seitens der Großindustriellen geschieht. Erst die wirtschaftlichen Kämpfe und der dadurch den Unternehmern im Bau-, Holz-, Schneidergewerbe u. dgl. entstandene Schaden haben sie über die Unhaltbarkeit ihrer früheren Tarifgegnerschaft belehrt. Ebensoviele aber geht es an, den Arbeitern einzureden, daß allein „ihre Macht“ hinreichen würde, den Unternehmern einfach ihre Bedingungen zu diktiert. Mit Macht allein ist auf die Dauer keine gewerbliche Ordnung, keine höhere Stufe gewerblicher Kultur herzustellen. Der der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossene Buchdruckerverband stellt ohne Zweifel ein mächtiges Organisationsgebilde dar. Er umfaßt über 90 Prozent sämtlicher im deutschen Buchdruckgewerbe tätigen Gesellen und besitzt eine Vermögen von mehr als acht Millionen Mark. Trotzdem ist sich niemand klarer darüber, als die leitenden Personen des Buchdruckerverbandes selbst, daß die Buchdrucker noch lange nicht über die „Frage des Tarifs hinweg“ sind und sie den Unternehmern nicht „einfach ihre Bedingungen diktiert“ können. Unser Wirtschaftsorganismus und das gewerbliche Leben sind viel zu kompliziert, als daß sie sich nach Diktat oder mit einigen Kraftworten regulieren ließen.

Für die christlichen Gewerkschaften ist der Tarifvertrag nicht lediglich eine Machtfrage, für sie ist er vielmehr eine notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung.

Bei der Berufs- und Betriebszählung 1907 wurde ermittelt, daß in 32 122 Großbetrieben (das sind solche, in denen mehr als 50 Personen tätig waren) 5 363 851 Personen beschäftigt waren. In Betrieben, wo mehr als 10 Personen beschäftigt waren insgesamt 7 943 426 Personen tätig. Diese Massenarmee kann ihre Lebensinteressen (Lohnhöhe, Arbeitszeit, Behandlung u. dgl.) nicht den verhältnismäßig wenigen Betriebsleitern allein überantworten. Hier müssen für die gemeinsamen Interessen der Lohnarbeiter allgemeine Normen vereinbart werden, die durch Tarifverträge zweckentsprechend ausgebaut werden können. Die christlichen Gewerkschaften setzen sonach in den Tarifverträgen geeignete Mittel, durch die zu gleicher Zeit eine nützige, solide gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglicht wird.

Weiter suchten im Berichtsjahre die katholischen Fachabteilungen und ihre Freunde mit allem Nachdruck gegenüber den christlichen Gewerkschaften Oberwasser zu bekommen. Ihre seit Jahren in Deutschland gegen die christlichen Gewerkschaften betriebenen Verdächtigungen haben deren Bestand und Entwicklung nicht zu erschüttern vermocht. Im letzten Jahre nun konnte beobachtet werden, wie ausländische Zeitungen sich systematisch an der Verdächtigung gegen die christlichen Gewerkschaften beteiligten. Doch auch dieses Beginnen blieb erfolglos. Im Gegenteil: es führte zur authentischen Erklärung einer kirchlich autorisierten Stelle, daß aus religiösen Gesichtspunkten heraus an dem Charakter und der Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften nichts auszusehen sei. Die internationalen Intriganten brachten stets die christlichen Gewerkschaften mit sonstigen Vorgängen innerhalb des katholischen Lagers Deutschlands in Zusammenhang und schrieben über diese das tollste Zeug. Das hat die sozialdemokratische Presse munter gemacht. Sie schrieb dann, den christlichen Gewerkschaften stehe alsbald ein kirchliches Verbot bevor, schon jetzt sei zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ein gewisser Friedenszustand herbeigeführt, die christlichen Gewerkschaften hätten den „letzten äußeren Rest ihrer Selbständigkeit“ preisgegeben; sie würden „gegen die wichtigsten Interessen der Arbeiter . . . kommandiert, für Sünden und Scharfmacher haben sie im Schweiße ihres Angesichts zu wirken“, die Teilnahme an Streiks sei „den christlichen Gewerkschaften verboten“ u. dgl. Die christlich organisierten Arbeiter haben indes in der Zwischenzeit von der Erfüllung solcher und ähnlicher „Prophezeiungen“ sehr wenig gemerkt. Im Gegenteil: die christlichen Gewerkschaften waren in diesem Jahre wieder an mehr Streiks beteiligt, als ihnen und ihren Mitgliedern lieb war. So wurde die Wirklichkeit zur kräftigsten Waffe gegen alle gegnerischen Unterstellungen.

Zu den übrigen konfessionellen Arbeitervereinen, insbesondere zu dem Verbände der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, ist das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften ein andauernd gutes. Der letztere Verband hat im Herbst 1910 eine Nummer seines Verbandsorgans („Westdeutsche Arbeiterzeitung“) zu einer Agitationsnummer für die christlichen Gewerkschaften ausgestaltet und darin den Arbeitereinsammlern in einer sehr ernst und eindringlichen Sprache ihre Pflichten gegenüber den christlichen Gewerkschaften auseinandergesetzt. Mögen sich daher die christlichen Gewerkschaftler auch in stets steigendem Maße ihrer Aufgaben gegenüber den konfessionellen Arbeitervereinen bewußt werden, damit die Geschlossenheit der Organisationen im christlichen Arbeiterlager immer mehr zur Wirklichkeit werde. Denn diese wird immer mehr zur Notwendigkeit im Hinblick auf das einseitliche Zusammenwirken der einzelnen Organisationen im sozialdemokratischen Lager. — Auch zwischen einer größeren Anzahl konfessioneller Jugendvereine und den christlichen Gewerkschaften ist in letzterer Zeit eine bessere Verbindung hergestellt worden. Diese weiter zu pflegen, müssen sich die christlichen Gewerkschaften in den verschiedenen Bezirken nachdrücklich angelegen sein lassen, wie auch die älteren Mitglieder der christlichen Gewerkschaften der Jugend bei den verschiedensten Gelegenheiten sich besser annehmen müssen.

Schließlich noch ein Wort zur letzten Ruhrbergarbeiterbewegung. Nachdem der sozialdemokratische Bergarbeiterverband bei den im Berichtsjahre getätigten Knappschafts- und Sicherheitsmännerwahlen einen größeren Erfolg erzielt und nach diesen Wahlen von einem „Zusammenbruch des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter“ getrieben und von Massenübertritten zum sozialdemokratischen Verband zu berichten gewußt hatte — was sich nachträglich als Fäulerei herausstellte, da der sozialdemokratische Bergarbeiterverband in 1910 überhaupt nur an wenigen Mitgliedern zunahm — trat er wenige Wochen später an den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter heran zwecks einer gemeinsamen u. insbesonderen Lohnbewegung. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter lehnte indes ein gemeinsames Vorgehen aus den verschiedensten Gründen ab.

Zunächst bestand keinerlei Gewähr dafür, daß die Bewegung nicht wieder zu einem Streik ausartete. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes an der

Mehr sind größtenteils bei Bewegungen unberechenbar. Sie erweisen sich nachdem sie einmal aufgepeitscht sind, den Einflüsterungen der sozialdemokratischen Parteipresse und sonstiger Radikalinsten viel zugänglicher, als vernünftigen, gewerkschaftlichen Erwägungen. Bei einem gemeinsamen Vorgehen bestand die große Gefahr, daß diese Leute unter dem Einfluß der Einigkeitssuggestion sich wieder über alle Vernunftgründe hinwegsetzten und man so eines Tages wieder vor einem unvorhergesehenen, großen und aussichtslosen Kampf stand. Die sozialdemokratische Parteipresse des Ruhrreviers hätte in solcher Situation zweifellos wieder, wie 1905, das Ihre getan. Dazu kam noch, daß auf einer Besche, ohne Zustimmung der sozialdemokratischen Verbandsleitung, die Arbeit bereits niedergelegt war — genau wie 1905. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter sagte sich in solcher Situation: es muß endlich einmal aufhören, daß die Ruhrbergarbeiterbewegung stets von außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehenden Kräften dirigiert wird. Daraufhin wurde gegenüber dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter und der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung seitens der Sozialdemokratie ein gewaltiger Hufeisenplan entworfen, der indes an den christlichen Bergleuten wirkungslos abprallte. Bei einer vorgenommenen Abstimmung haben sich die christlich organisierten Ruhrbergleute fast einmütig, und zwar mit 41 655 gegen 86 Stimmen, mit der Haltung der Gewerkschaftsleitung einverstanden erklärt. Nachträglich mußte dann die gleiche sozialdemokratische Verbandsleitung, die unausgesetzt den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter als bedeutungslos hingestellt hatte, die Bewegung als resultatlos vertagen, mit der beschämenden Motivierung: weil der (früher als „bedeutungslos“ beschriebene) Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter nicht mitgemacht habe!

Sozialdemokratie und Tarifgemeinschaften.

Zu diesem anlässlich der Vorgänge im Berliner Zeitungs- und Verlagsgewerbe wieder aktuellen Thema erhalten wir von einem bekannten Nationalökonom folgende beachtenswerten Ausführungen:

Im Berliner Zeitungs- und Verlagsgewerbe ist ein Streik ausgebrochen, der von prinzipieller Bedeutung ist. Der Kern der Sache ist kurz der: Die Maschinenmeister des Scherischen Verlags verlangten nach mancherlei Erörterungen eine Entscheidung des Tarifamtes der Tarifgemeinschaft im Buchdrucker- und Verlagsgewerbe über die Arbeitszeit. Das Tarifamt regelte nun diese. Während sich der Verlag dem Spruch ohne weiteres unterwarf, taten dies die Maschinenmeister nicht; sie verlangten vielmehr die Wiedereinführung der alten Arbeitszeit, was das Tarifamt aber nicht genehmigte. Die Maschinenmeister legten darauf die Arbeit nieder. Dies bedeutete zweifellos einen Bruch des Tarifvertrags, eine Auffassung, die sich auch das Tarifamt zu eigen machte. Es gab daher der Firma das Recht, die Vertrauensmänner der kontraktbrüchigen Arbeiter zu entlassen, die bis zu dieser Entscheidung weiter gearbeitet hatten, da der Verlag einstweilen nachgegeben hatte. Als die Entlassung der betr. Maschinenmeister nun tatsächlich erfolgte, verlangten die anderen deren Wiedereinstellung. Da ihrem Wunsche nicht stattgegeben wurde, legten sie kurzerhand die Arbeit nieder. Die Organe der Tarifgemeinschaft sowohl als auch der Vorstand des Buchdruckerverbandes stellte sich auf die Seite der Arbeitgeber — ganz selbstverständlich, denn der Tatbestand eines Tarifbruchs lag so klar wie nur möglich.

Der ganze Vorgang zeigt zwei Dinge ganz klar. Einmal, daß es dem Verband unmöglich ist, die sozialdemokratischen Tendenzen, die sich gegen die Tarifgemeinschaft richten, in seinen eigenen Reihen auf die Dauer zu unterdrücken und dann, daß die Sozialdemokratie und deren Anhänger Träger einer Tarifgemeinschaft nicht sein können.

Jedem, der die Verhältnisse im Buchdruckerverband nur einigermaßen kennt, dürfte es zweifellos erscheinen, daß der ganze Kampf auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen ist. Gerade die Berliner Beihilfenschaft hat sich der extremsten Richtung der Sozialdemokratie immer sehr zugänglich gezeigt. Erinnert sei nur an die Vorgänge i. J. 1909, wo ein ganz ähnlicher Fall die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz nötig machte, die dann dem häuslichen Zwist ein Ende machte. Erinnert sei ferner an die Vorkommnisse, die sich sowohl nach dem Tarifabschluß von 1896 als auch nach dem von 1906 abgespielt haben. Beide Male machte sich — oft in widerlicher Weise — eine starke Gegnerschaft nicht nur gegen den speziellen Tarif, sondern überhaupt und in erster Linie gegen den Gedanken jeder Tarifgemeinschaft bemerkbar. Die Daten eines Falls sind noch in frischer Erinnerung; und welches Geschrei wurde gegen den revidierten Tarif von 1906 gerade von den Berlinern erhoben? Sehr hervorzuheben ist, daß der „Vorwärts“, der auch jetzt wieder dem Tarifbruch beistimmt, alles getan hat, um die Tarifgemeinschaft zu Fall zu bringen. Diese periodischen Erscheinungen geben zu denken! In der Geschichte des Verbandes vor deutschen Buchdrucker und der Lohnbewegung im Buchdrucker- und Verlagsgewerbe konnte ich dem Verbands — unter voller Würdigung seiner bisherigen Tätigkeit — den sozialdemokratischen Charakter leider nicht ablesen; der sich trotz aller Bemühungen einzelner, immer stärker zeigt und der im Anschluß an die Generalkommission auch äußerlich in die Erscheinung getreten ist. Ich glaube nicht, daß der Verband den destruktiven Elementen in seinen eigenen Reihen auf die Dauer stand halten kann, das um so weniger als seit dem Weggang Reghners auch der Korrespondent Bahnen eingeschlagen hat, die jenen entgegenkommen und sie fördern.

„Es handelt sich darum, volle Klarheit zu schaffen, ob wir auf dem Boden der kirchlich-demokratischen Harmonizität stehen, oder ob es richtig ist, was jeder Kollege am Kasten erfährt, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nun einmal unüberbrückbar sind und ob wir also nach dieser Erkenntnis unser Verhalten einzurichten haben.“ Diesen Ausspruch hat Gajch getan, der i. Jt. mit harter sozialdemokratischer Unterföhrung zum Verband abgewandte und eine eigene „Gewerkschaft“ gründete. Der Standpunkt der Sozialdemokratie gegen die Tarifgemeinschaft ist heute noch kein anderer wie früher. Sie ist ihnen in ihrem Wesen und ihrer Natur noch ebenso feindlich wie jemals. Tarifverträge sind „Friedensbündnisse“, die Sozialdemokratie ist die Partei des rücksichtslosen und skrupellosen Kampfes gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Ja aber, wird man mir einwenden, es haben doch auch „freie“ Gewerkschaften, die doch mit der Partei „eins“ sind, Tarifverträge abgeschlossen. Gewiß haben sie das getan; am ihre Politik jedoch richtig zu würdigen, müssen wir die Motive betrachten, die sie dazu geführt haben. Es sind in erster Linie Opportunitätsgründe: die freien Gewerkschaften glauben, ihr Ziel, das identisch ist mit

dem der Sozialdemokratie, besser erreichen zu können, wenn sie sich zu Tarifverträgen herbeilassen. Sie sind nicht in letzter Linie ein agitatorischer Führer, denn so viel halten auch noch diese Kreise von der Vernunft ihrer Anhänger, daß sie diesen nicht nur Phrasen für den Zukunftsstaat bieten dürfen, sondern ihnen auch einige Brocken für die Gegenwart hinwerfen müssen. Daß die Tarifverträge nur als Agitationsmaterial dienen sollen, daß beweisen die sinnlos-nachfolgenden Forderungen, die oft gestellt werden — nur um zu lobern. Von der tieferen Idee der Tarifverträge, die zum gewerblichen Frieden in gemeinsamer verständlicher Weise zwischen Arbeit führen soll, merken wir bei der Sozialdemokratie nichts. Ein Teil dieser — und das sind wenigstens die aufrichtigen — gibt sich aber nicht einmal die Mühe, ihre Feindschaft gegenüber jedem Tarif zu verbergen. Sie bekämpfen diese offen, weil sie fürchten, der Friedenszustand könnte den Arbeiter einschüchtern, könnte am Ende gar einen Funken von Zufriedenheit in sein Herz einflößen! Das darf nicht sein; „Kampf gegen alle und Kampf gegen alles“ das ist die Losung, die nur eine Kraft hat, wenn der Arbeiter verbittert, um sein Lebensglück betrogen ist; wenn er von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung nur Elend und Not sein Teil ist.

Lautere, tiefere Momente sind es nicht, welche die freien Gewerkschaften dem Gedanken des Tarifvertrages zugänglich machen; lautere Momente können es auch nicht sein, die sie bewegen, ihn zu halten. Sobald es hier aus Nützlichkeitgründen, aus Agitationsgründen, usw. geboten erscheint, einen Bruch des Tarifs herbeizuführen, wird es ohne Zögern getan. Treu und Glauben hat keinen Platz in der Politik; Treu und Glauben hat aber leider auch schon lange den Kredit — leider muß man das sagen — im Wirtschaftsleben und im Wirtschaftskampfe eingebüßt. Woher soll er auch kommen, wenn nur das Materielle das Handeln und Sein bestimmt? Das im Anfang ausgeführte zeigt, welche Folgen das Fehlen jeder sittlichen Gesühle, jeder sittlichen Norm im Wirtschaftsleben hat. Was soll und kann den Arbeiter halten, sich nach seinem Vertrag zu richten, wenn ihm ein anderes nützlich erscheint? Nichts — gar nichts — und diese Ueberzeugung einmal durchgedrungen, muß eine Bewegung entstehen, die jetzt schon — noch in ihren Anfängen — bereits so segensreich gewirkt hat. Ich will gewiß nicht bestreiten, daß die Unternehmer, besonders das liberalerem Charaktere Unternehmertum, einen großen Anteil der Schuld für die Entwicklung in der genannten Richtung tragen. Sie waren es zuerst, die jedes ideale Moment aus dem Wirtschaftsleben verbannt haben, die in furchtbarer Ferne ihrer Verantwortung jede Art von Sittlichkeit mit Füßen getreten und nur den Geldbeutel zu jeglichem Maßstab ihres Tuns und Handelns gemacht haben. Wenn das aber die Unternehmer getan haben, so wird niemand daraus die gleiche Berechtigung für den Arbeiter folgern, sondern nur seine Pflicht, gegen derartige Auswüchse anzukämpfen. In dem letzten Jahrzehnt hat sich übrigens unverkennbar eine Wandlung zum Besseren vollzogen — allerdings vielfach nur unter dem Druck wirtschaftlicher Verhältnisse. Wenn nun hier der gute und redliche Wille besteht, die im Tarifvertrag übernommenen Pflichten zu erfüllen, so kann der Teil der Arbeiterschaft, nicht scharf genug beurteilt werden, der; bar jeder Verantwortung der Gesamtheit gegenüber, diesen guten Willen in der rücksichtslosesten Weise verlegt und an Stelle dessen den Unternehmer wieder zum unerbittlichen Kampfe treibt, weil er kein Vertrauen auf die Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit des Arbeiters mehr haben kann. Derartige Träger von Tarifverträgen auf Seiten der Arbeiter schaden diesen unendlich — verschärfen noch, wenn es möglich ist, die soziale Kluft und bringen unermessliches Elend über sich und ihren Stand. Der Charakter sozialdemokratischer Gewerkschaften als Träger der Tarifgemeinschaften dürfte auch jene Unternehmer zum Nachdenken zwingen, die Hand in Hand mit ihnen durch Monopolverträge, die nicht sozialdemokratische Arbeiterschaft terrorisieren.

Eine sozialdemokratische Arbeiterschaft als Trägerin von Tarifverträgen muß zu der geschilderten Entwicklung führen. Das haben die Unternehmer auch vielfach schon erkannt, deshalb oft ihr Skeptizismus, ihre Abneigung, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Unter solchen Verhältnissen ist die Arbeiterschaft, die sich christlich nennt, sind die christlichen Gewerkschaften berufen, Treu und Glauben im Wirtschaftsleben wieder zu Ehren zu bringen. Nicht leicht ist der Kampf — nach 2 Fronten geht er — gegen die sozialistisch-atheistische Arbeiterschaft und gegen das mancherliche Unternehmertum. Doch er muß und kann gekämpft werden, denn hohe sittliche Ideale dirigieren ihn. Es ist ein Ruhmesblatt der christlichen Gewerkschaften, daß Tarifverträge bei ihnen zur größten Seltenheit gehören, daß muß ihre Gegner auf Unternehmer- wie Arbeitersseite zur Einsicht bringen. Zu dieser Ueberzeugung bringt uns die Tatsache, daß die Lüge in der Geschichte noch immer kurzen Bestand gehabt hat — wenn irgendwo so gilt hier, daß unentwegt ehrlich handeln, den schönsten Erfolg haben muß beim Unternehmer sowohl als auch bei den eigenen Standesgenossen.

Dr. F.

Die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Eine ungewöhnliche Art unserer an Ausstellungen gar nicht armen Zeit. Warum nicht früher! möchte man ausrufen beim Eindringen in die in ihrer Gesamtheit hier zur Schau stehenden Materie. Nicht des Ruhens wegen, den der einzelne, der in diesen Hallen mit offenen Augen wandelt, davon hat, sondern der Konsequenzen wegen, die diese Ausstellung zwingenderweise nach sich ziehen muß. Es gibt der Krankheiten so viel am Volke, die hier in plastischer und drastischer Art uns vorgeführt werden, zugleich aber auch die Mittel zu ihrer Abwehr und Bekämpfung. Wer irgendeine Verantwortung für andere Menschen trägt, mag sie in dem Zwang des Berufes oder auf eigenem Pflichtgefühl beruhend, wird manche stumme aber trotzdem um so bedenklichere Anklage aus diesen plastischen Darstellungen, Tafeln und Tabellen mit Wucht auf sich einwirken sehen. Nur ein ganz hartes Gewissen kann sich dem entziehen. Und so wird der hier ausgestelltene Samen draußen seine Wirkung tun, er wird Praxis und Leben erwerben, und dafür bürgt deutsches Pflichtgefühl; zur höchsten Vollkommenheit ausgebaut werden. Um die Bahn zu solchem Tun leichter zu ebnen, wäre es wünschenswert, diese Ausstellung, zum mindesten einzelne Teile davon, möchte einen Rundgang durch Deutschland, in erster Linie in die dichtbevölkerten Zentren, nehmen. Denn der übergroßen Masse ist die Beschäftigung aus Mangel an Zeit und Geld ja nicht möglich. Besser aber als hundert der

schönsten theoretischen Vorträge wirkt ein Rundgang durch die Ausstellung mit praktischen Erläuterungen, damit den Laien Ursachen, Zusammenhänge und Hilfsmittel klar werden. Die große Masse würde damit der Abstellung schädlicher Zustände und zweckmäßiger Reformen viel leichter zugänglich gemacht werden.

Was ist Hygiene? Wir verstehen darunter die Lehre von der Erhaltung und Pflege menschlicher Gesundheit und Wohlbefindens. Diese Kenntnis will uns die Hygiene-Ausstellung vermitteln, will sie populär machen. Und so stellt sie uns als erste Frage, was ist der Mensch, wie sieht er sich zusammen, wie ist sein Aufbau, welches sind die zweckmäßigsten Lebensformen für ihn, welches sind seine Feinde, und wie bekämpfen wir diese? Da sehen wir den wunderbaren Aufbau des menschlichen Körpers, wie jeder einzelne Teil seine bestimmte Funktion hat, die bei nicht richtiger Nutzung entweder eine Verkümmernng oder Verhärtung zur Folge hat. Gestaut, ja entsetzt wird mancher sein, wenn er den Riesenglasbehälter, gefüllt mit roter Flüssigkeit, Blut darstellend, sieht, mit der Aufschrift, diese Menge Blut kreist das Herz halbstündig durch den menschlichen Körper; 365 Liter in der halben Stunde. 5 Liter Blut hat der Mensch, etwa Eindeutzehntel seines Gewichtes, und dieses muß das Herz, von dem uns später gesagt wird, daß es, wenn es gesund ist, nicht größer wie eine Faust sein darf, 73 mal durch den Körper jagen. Dieser kleine Gegenstand, und eine so gewaltige Leistung, die bei körperlicher Anstrengung noch bedeutend vermehrt wird. In einem Gummiball an einer drei Meter hohen Glasröhre kann man sich von dem Druck überzeugen, den das Herz zu überwinden hat, etwa Eindeutzehntel Atmosphäre. Daraus ergibt sich, daß man seinen Herzen nicht mehr zumuten darf, als es verkraften kann und es durch verunsicherte Lebensweise vor krankhaften Veränderungen, wie sie uns in dem sogenannten Schenkerherzen usw. vorgeführt werden, zu bewahren.

In gesundem und krankem Zustande schauen wir die inneren edlen Organe, auch welchen Einfluß die Verdauung auf diese ausübt. Die Lunge eines Bergmanns erhält durch den eingeatmeten Kohlenstoff eine schwarze Färbung, auch beim Städter tritt dies beim zunehmenden Alter in die Erscheinung. Die Lunge des Eisenarbeiters oder Schleifers nimmt eine helle rostbraune Färbung an, da die eingeatmeten Eisenstäube sich festsetzen und verrotten. Die Lunge des Tabakarbeiters zeigt graubraune Färbung, ähnlich der des Tabaks. Das kann absolut unschädlich bleiben. Die Nieren, Leber, der Magen und die übrigen Gebärme, denen die Verarbeitung der zugeführten Speisen, die Ueberleitung der edlen Säfte ins Blut und die Ableitung der schlechten, obliegt, immer eines ins andere gleitend in wunderbarer Anordnung. Das Gehirn, diese Telephonzentrale des Menschen, in dem jeder einzelne Teil mit einem anderen Körperteil in Verbindung steht, und ihm unter bewußter Willensbildung den Auftrag zur Ausführung irgendeiner Handlung gibt. Das menschliche Auge und seine Krankheiten. Die Gesichtsbildung, warum wir zwei Augen haben usw. Der Knochenbau des Menschen und die Stärke der Knochen. 1 Quadratmillimeter Knochen trägt ein bedeutend höheres Gewicht als 1 Quadratmillimeter Erlenholz. Zum Knacken einer Nuß ist die Ausübung einer Kraft im Vergleich eines Zentners notwendig.

Licht, Luft, Nahrung, entsprechende Betätigung, um den Menschen gesund und stark zu erhalten. In rührender Weise wird das an Pflanzen demonstriert. Im Dunkeln sterben sie ab, in schlechtem Lichte zeigen sie ein kümmerliches Aussehen, nur bei vollem Licht gedeihen sie gut. In dunklem Raume mit künstlichem Licht, streben sämtliche Zweige nach dem Licht. Und es wird uns auch in sinnfälligster Weise vordemonstriert, daß die Pflanzen atmen, daß damit das Eindringen der Feuchtigkeit verbunden ist, und wie die Sonne die schnell eintretende Feuchtigkeit nur auf allerschlammigstem Wege ihr wieder entziehen kann. Der Kreislauf in der Natur, zur Bildung der Grundlage der Existenz von Pflanzen, Tier und Mensch, zeigt uns die wunderbare Anordnung des Schöpfers, der über allem schwebt, alles erschafft und regiert.

Beim Atmen durch die Nase wird die Luft von 6 Grad auf 32 erwärmt, außerdem hält sie viel Staub vom Einbringen durch die übrigen Luftwege in die Lunge zurück. Ein Fingerzeig, wie man atmen soll, um sich vor Erkältungen der Luftwege und inneren Organe, sowie anderen Krankheiten zu schützen. Die Gesundheit der Zähne ist von den Wasser-Verhältnissen, der Nahrungsweise und der Art, wie man sie arbeiten läßt, in hohem Maße abhängig. Je härter das Wasser, desto gesünder für die Zähne; bei Hartbröteffern 12,9 und bei Weichbröteffern 20,9. Beim Uebergang vom Hart- zum Weichbröteffern verschlechtern sich die Zähne. Am meisten erkranken die Zähne bei denjenigen, die feines Gebäck und Süßigkeiten genießen; daher die öftere Erkrankung der Zähne bei Zuckerbäckern, Bäckern, Kellnern, Köchen und Köpferarbeitern mit feinerer Lebensweise. Auch der Alkoholgenuss schädigt die Zähne. Der Zahnschleim im Munde mit gesunden Zähnen enthält nur wenig Bakterien, bei schlechten mehr, die Krankheiten hervorzurufen können.

Die natürlichste Grundlage für die Gesundheit des Menschen ist die Tätigkeit in frischer, freier Luft. Die Sterblichkeitstabellen sowie die Militärausgaben zeigen uns dies immer laut und deutlich. So erklärt uns eine Tabelle, daß, wenn man die Zahl der Soldaten, die in einer Berufsgruppe tätigen Väter nach ihrer Zahl stellen müßten, gleich 100 setz, dann hätten in 1906 die Land- und Forstwirtschaft 121, die Freizeithandwerker 116,58, Berg- und Salinenwesen 107,93, Textilindustrie 67,07 und die Hüttenindustrie 50,56 gestellt. Im gleichen Verhältnis stellen Landgemeinden bis zu 2000 Einwohnern 114, Landgemeinden von 2 bis 5000 91, Kleinstädte von 5000 bis 20000 86, Mittelstädte von 20000 bis 100000 83 und Großstädte mit über 100000 Seelen 65 Soldaten. Da unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Art des Berufes, die Tätigkeit in freier Luft jedoch nur zu einem Teil gestattet, ist es notwendig, einen Ausgleich für den entstehenden Schaden zu schaffen. Aber auch für den, der im Freien arbeitet, ist die Beobachtung einer Reihe von Grundregeln notwendig, da auch das Gute leicht ins Gegenteil ver wandelt werden kann.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der Berufsstolz als sozialdemokratischer Föder!

Auf der Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes in Mannheim wurde auch die Verschmelzungsfrage mit dem Schmiede- und Maschinenrierverband diskutiert. Der „Schmiedeverband“ wird der durch seinen Putz auf der Fortmunder Union „Wahlstift“ bekannte „Maschinenrierverband“ sollen in dem weiten Lager der roten „Metallar-

beiterorganisation verschwinden. Während die Angelegenheit mit dem Schmiedeverband schon sehr weit gediehen ist, bestehen bei den Maschinenriern vorläufig noch Bedenken. Bedenken ist die Art und Weise, wie diese „Bedenken“ seitens des Zentralvorstandes Schöffel begründet wurden. Das Verbandsorgan der Maschinenriern berichtet darüber folgendermaßen:

„Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil von dem Vertreter aus Hanau auch eine Verschmelzung mit unserem Verband ins Auge gefaßt wurde; er wünschte, daß auch unser Vorstand die Verschmelzung mehr propagieren möge. Ich habe nicht die Absicht, das uns gewährte Gastrecht durch lauges Reden zu mißbrauchen, muß aber doch einige Worte dazu sagen. Wir haben circa 150—160 000 organisationsfähige Berufscollegen, die sich auf die verschiedensten Industrien verteilen. Bei einer Verschmelzung müßte vor allem die Frage gelöst werden, zu welchem Industrieverband gehören die Maschinenriern und Feizer? Bei den verschiedenen Industrieverbänden herrschen darüber sehr verschiedene Anschauungen. Wir selbst sind uns allerdings darüber klar, daß, wenn sich eine Verschmelzung nötig machen sollte, für uns nur der Deutsche (lies sozialdemokratische) Metallarbeiterverband in Frage kommen kann. Aber heute sind die Vorbedingungen für eine solche Verschmelzung noch gar nicht vorhanden. Wir haben erst circa 23 000 von der großen Zahl der Organisationsfähigen für die Organisation gewonnen. Auch ist unter dem Maschinenriernpersonal ein gewisser Berufsstolz vorhanden, mit dem bei der Organisation gerechnet werden muß. Diese Leute, die meist einzeln arbeiten, zu gewinnen, ist schon der Berufsorganisation schwer, dem Industrieverband aber schier unmöglich. Wir müssen erst noch manches Gebiet für uns erschließen, und es wäre eine Torheit, wollten wir die Verschmelzung schon jetzt vornehmen. Wenn die wirtschaftliche und organisatorische Entwicklung die Verschmelzung verlangt, so wird sie auch kommen, und wir werden nicht abseits stehen. Bis dahin aber liegt es im gemeinschaftlichen Interesse, wenn wir auf Grund des Kartellvertrages weiterzusammenarbeiten, bis der rechte Zeitpunkt zum Anschluß gekommen ist, den wir sicher nicht verpassen werden.“

Vorläufig ist also die Verschmelzung noch nicht spruchreif. Erst müssen die Maschinenriern durch ihren Berufsstolz noch in größerer Anzahl für einen „Maschinenrierverband“ gewonnen werden. Erst dann sind sie reif für die sozialdemokratische Metallarbeiterorganisation — und fürs Freizeithaus, sprach Hue.

Handlohn.

Die Beteiligung der Metallarbeiter an bezahlten städtischen Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit im Winter ist nach dem Jahresbericht verschwindend gering. Es sind insgesamt im vergangenen Winter 43 545 M. an Unterstütmungen ausbezahlt worden. Davon erhielten 82 ungelernete Arbeiter 11 959 M., 185 Maurer und Blattenleger 5539 M., 92 Verputzer und Fuger 2799 M., 107 Stuckateure und Fassadenputzer 3704 M., 86 Schreiner und Zimmerer 3481 M., 225 Maler und Anstreicher 10 338 M., 53 Tapezierer und Polsterer 2449 M., 39 Pfisterer und Rammer 1505 M., und 17 übrige gelernte Verarbeiter 633 M. Wie man sieht ist von den Metallarbeitern keine Rede. Es sei denn, daß in der Zahl der ungelerneten Arbeiter sich etliche befinden. Die 1787 Verarbeiteten leisteten 23 886 M. Beiträge; die Stadt steuerle rund 20 000 M. bei; 196 Ehrenmitglieder zahlten 2140 M. Das Vermögen der Kasse betrug Ende März d. J. 134 961 M.

Wieder eine verachtete Hilfskassenkasse. Unter dem Namen Sächsischer Kranken-, Unfall- und Sterbeversicherungskasse wurde im März 1906 in Leipzig eine Hilfskassenkasse gegründet, deren Verbreitungsbezirk hauptsächlich das lothringische Industriegebiet war. Obgleich die Leistungen der Kasse im Verhältnis zu der Höhe der erhobenen Beiträge äußerst gering waren, konnte die Kasse nicht lebensfähig bleiben, weil die Verwaltungskosten alles verschlangen. Die Aufsichtsbehörde verlangte wiederholt die Verminderung derselben. Als dem aber nicht nachgegeben wurde, schloß sie die Kasse. Wegen die Vorstandsmitglieder erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Vergehens gegen das Hilfskassen-gesetz. Außerdem wurde der Vorsitzende der Unterschlagung von 1000 M. Kassengeldern sowie der Unterdrückung einer Urkunde beschuldigt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß ein Reservefonds von 1600 M. angegeben, aber tatsächlich nie vorhanden war und einem Unterfasserer 20 bis 30 Prozent der Bruttoeinnahmen als Entschädigung überwiesen wurden. Der Vorsitzende wurde zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Das wird den „Opfern“ allerdings wenig nutzen; von ihren eingezahlten Beiträgen werden sie keinen Pfennig wieder sehen.

Der neue Generalsuperintendent der Rheinlande, Herr Lic. Christian Rogge, ist seit langem als Freund der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bekannt. — Der Mitteldeutsche Verband evangelischer Arbeitervereine hat in letzter Zeit einen starken Aufschwung zu verzeichnen. Bei der Jahresstagung in Thal, bei der Herr Lic. Mumm die Festpredigt hielt, konnte mitgeteilt werden, daß 11 neue Vereine sich angemeldet haben und zwei Arbeitersekretäre neu angestellt wurden. — Der sächsische Provinzialauschuß für Innere Mission verhandelte bei seiner Tagung am 20. Juni in Thal: über die „entscheidende Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“.

Eine moderne Zwingsburg hat der amerikanische Stahltrust in der Stadt Gary errichtet, wie der Stadtanzeiger der Kölnischen Zeitung der Tagl. Corr. entnimmt. Es heißt dort u. a.:

„Fast alle Einwohner von Gary sind vom Stahltrust abhängig, wenn nicht als Angestellte und Arbeiter, so doch als Mieter, Metzger, Rechtsanwält, Pastoren, Zeitungsbesitzer, Redakteure, Kaufleute, Wirte, alles muß den Leitern des Stahltrusts untertan sein. Da in Gary die besten technischen Einrichtungen bestehen, die alles von selbst zu regeln scheinen, so konnten auch sehr viele ungelernete Arbeiter herangezogen werden, landstremde Leute, die möglichst geringe Ansprüche stellen. So wimmelt denn auch Gary von fremdländischen Arbeitern, Polen, Galizier, Italiener, Slowaken, Dänen, Ungarn: jede Nationalität ist in Gary stark vertreten. Die Gewaltigen des Stahltrusts haben sich in Gary sogar eine eigene Polizei geschaffen, die unnahtsichtig gegen jeden Gegenstand der kulturell tiefstenenden Bewohner vorgeht. Wie despotisch der Trust in Gary herrscht, zeigt die Besichtigung in den Fachkontrakten, wonach Wirte, in ihren Lokalen unter keinen Um-

ständen und bei sofortiger Aufhebung des Vertrages Versammlungen von Arbeiterverbänden dulden dürfen. So ist Gary zu einer richtigen Zwingsburg des Stahltrusts geworden.“

Solche Zwingsburgen der Industriegehaltigen gibt es auch hier zu Lande. Es ist nur auffallend, daß manche Blätter darüber nie etwas zu berichten wissen, sondern von „strebsamen“ Arbeitersekretären u. rebem, wenn von Seiten der Gewerkschaften auf solche Zwingsburgen hingewiesen wird. Na, hoffen wir, daß auch in dieser Beziehung die bessere Erkenntnis auf dem Untwege über Amerika zu uns kommt — und beispielsweise die Kölnische Zeitung u. a. uns demnächst mit einer Artikelserie über die „Zwingsburgen“ der deutschen Großindustrie aufwarten.

Die Unjüdische Montan-Gewerbe, begründet in dem ungewissen Schicksal des Kohlenyndikates und des Stahlvertrages belagert immer mehr Funktionen zustande. Im letzten Halbjahr war es schon mehr Wettlagen. In den letzten Tagen haben sich, wie wir schon in voriger Nummer andeuteten, die Dübener Eisenwerke in Wetzlar mit der Klossener Bergbau-A.G. verschmolzen. Diese Gesellschaft erzeugt jetzt ihren ganzen Bedarf an Rohstoffen, Kohlen und Erz, selber; der moderne gemischte Hüttenbetrieb ist also fertig. Aktienkapital, Anleihen und Rücklagen des neuen Montantrusten belaufen sich auf rund 33 Millionen Mark. — Die Friedr. Krupp-A.G. ist trotz ihrer Kohlenzehrung: Hannover, Hannibal, Sälzer und Emscherwerke eine der größten Abnehmer des Kohlenyndikates, sie wird alljährlich etwa eine Million Tonnen Kohle zukaufen. Um sich nach dieser Richtung unabhängig zu machen, will sie sich weitere Hütten angliedern. In Aussicht genommen sind die Hütten des Köhler Bergwerksvereins bei Essen. Die Beteiligung des Köhler Bergwerksvereins beim Kohlenyndikat beträgt 904 438 Tonnen Kohlen u. 195 291 To. Stkz. — Deutsch-Luzernburg (Sinn) hat jetzt die geplante Interessengemeinschaft mit der Hochsauer-A. Stahlwerksgesellschaft Kilmelingen-St. Ingbert abgeschlossen. Auch weiß die Handelspresse zu melden, daß Sinnes im Verein mit Deutsch-Luzernburg sich nachgehenden Einfluß auf die Deutsche Seeverkehrs-A.G. in Nordenham verschafft hat. So ist denn alles in einer Hand vereinigt: Kohlen- und Erzgruben, Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Fertigfabrikation, Transport und Kohlenhandelsgesellschaft. — Die Peipers u. Co. A.G. für Walzengieß in Siegen will sich mit der Vöhringer Walzengießerei A.G. in Busendorf verschmelzen. — So ist denn auf allen Gebieten ein Streben zur Erweiterung der wirtschaftlichen Macht zu verzeichnen. Die Syndikatsfesseln scheinen bereits die Großen zu beengen; sie suchen sich ihrer zu entledigen, um auf anderem Wege ihrem Ziele zuzusteuern. Für die Arbeiterchaft gilt es, die Augen offen halten und die Organisation stärken, um gegen alles gewappnet zu sein.

Aus der Metallindustrie. Die Hauptversammlung der Martini & Söhne Maschinenbau-A.G. zu Berlin setzte die Dividende auf 7 1/2 % fest. Nach Mitteilung des Vorstandes ist das Geschäft durch Aufkündigung vorteilhafter Beziehungen im In- und Auslande sowie durch die Aufnahme einiger Neuerungen erweitert. Es bestanden zurzeit Zweiggesellschaften in Paris, Wien, Antwerpen und Mailand, die befriedigende Ergebnisse erzielen. — Die Maschinenfabrik Klockhoff & Schneider der Nachf., A.G. in Seidenau, schlägt 7% (i. B. O.) Dividende vor. — Die Siegen-Vöhringer Eisenwerke verteilen nach 155 709 Mark Abschreibungen aus einem Reingewinn von 78 737 M. 3% Dividende auf 1 1/2 Millionen M. Aktienkapital. — Die Rudolf Meyer, A.G. für Maschinen- und Bergbau in Mülheim (Ruhr) verteilt für 1910 keine Dividende (i. B. 7%). Der Gewinn soll zur Ueberweisung an die Rücklage benutzt und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Die Feilen- und Maschinenfabrik vormals Gebr. Ufer in Dingelstädt und Tubestadt schließen das erste Geschäftsjahr mit einem Verlust von 24 991 M. ab. Der geplante Neubau in Sächsteln ist vorläufig noch nicht in Angriff genommen worden; dagegen wurde das übernommene Werk in Tubestadt ausgebaut; das Werk in Dingelstädt lasse eine stetige Steigerung der Erzeugung erwarten. Weiter teilt der Bericht mit, daß die Verkaufsverträge mit dem Stahlwerk Welter gelöst worden seien. Der Vorstand glaubt, daß die Gesellschaft, sobald das Unternehmen völlig gefestigt sei, für das neue Betriebsjahr einen guten Gewinn erzielen werde; da der Kundenkreis sich stetig ausdehne und die allgemeine Geschäftslage eine Aufbesserung erfahren habe. — Das Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerk vorm. Munscheid & Co. konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr, ebensowenig wie in den beiden Vorjahren, eine Dividende herauswirtschaften.

Die Unzulänglichkeit der Genossen zeigte sich mal wieder in bengalischer Beleuchtung beim Abschluß eines Tarifes in der Offenbacher Beherwarenindustrie. Nach den Erklärungen der Arbeitgeber wollten es die Sozialdemokraten lieber auf einen Streit ankommen lassen, als gemeinsam mit der christlichen Organisation verhandeln. Es ist der sozialistischen Terroristen aber nicht gelungen, den christlichen Verband aus der Tarifgemeinschaft auszuschalten. Die Arbeitgeber haben mit dem christlichen Beherarbeiterverband einen Sonderarif abgeschlossen, der in einer stark besuchten Versammlung einstimmig angenommen wurde. Der Tarif ist gleichlautend mit dem mit den freien Gewerkschaften abgeschlossenen Tarif. Dieser Vorgang ist ein weiterer Beweis für das unzulängliche terroristische Verhalten der Sozialdemokraten gegen Andersdenkende. Diese selben Terroristen aber machen auf ihrem Gewerkschaftskongress in Dresden in Entrüstung über den Vorentwurf zum Strafgesetzbuch; man weiß nicht, ist's Größenwahn oder Frechheit! Arbeiter, die für sich weitgehendste Rechte beanspruchen, während sie ihre Standesgenossen unterzubuttern versuchen, können vom Gesetzgeber nicht ernst genommen werden.

Einen „Note-Relientag“ veranstalteten die Bremer Genossen gelegentlich des dortigen Kornblumentages zum Besten der roten Parteikasse. Und das Ergebnis? Die Kornblume brachte 70 670 Mark Reingewinn für die deutschen Veteranen, die Blutwette 1200 Mark für die sozialdemokratische Parteikasse. Das ist für eine rote Hochburg wie Bremen ein geradezu klägliches Resultat. Das rote Gewerkschaftskartell allein schon will in Bremen 28 395 Mitglieder zählen; hätte von diesen jedes nur 10 Pf. für eine Blutwette gespart, so hätte für die Parteikasse mehr als das Doppelte herauszuspringen müssen — zumal Dr. A. Pannetier-Broschhausen sich doch sicher auch bei dieser Gelegenheit als „rote-Relient-Patriot“ gezeigt haben wird. — Im übrigen zeigt es sich auch hier wieder, daß die Genossen smarte Geschäftleute sind, die selbst aus der Kornblume Honig für ihre Zwecke zu saugen wissen. In Köln legten die Metallgenossen in derselben Versamm-

lung; wo über die Beitragserhöhung verhandelt wurde, flammenden Protest gegen den Blumentag ein. Das geschah natürlich nicht, um „Stimmung“ zu machen für die Beitragserhöhung; vielmehr: unsere Genossen sind ja nach Dr. Duquet Prinzipien treu; ehrliebe Leute, namentlich — wenn sie in flammenden Protesten machen. „Nachtgall, ich hör' die laufen“

Wie die Wandalen haben die Sozialdemokraten gehandelt bei den Reichstagswahlen in Österreich. Die skandinavische Volkszeitung entnimmt darüber der Wiener Wochenschrift folgende Schilderung; die uns einen interessanten Blick in den Zukunftsstaat tun läßt; es heißt da:

„Nach 3 Uhr nachmittags hatten sich vor dem Hauptagitationslokal der Margareten Christlichsozialen gegen 500 Sozialdemokraten angeammelt, welche mit wildem Schreien wiederholt Versuche machten, das christlichsoziale Agitationslokal zu stürmen. Die Wache vermochte kaum, da sie viel zu schwach war, die Anführer zu durchhalten. Ein Automobil, in dem christlichsoziale Wähler abgeholt werden sollten, wurde von der Horde überfallen und die Insassen solange mißhandelt, bis sie das Fahrzeug verließen. Dann schrie der Anführer der Wache: „Genossen, sie sind aufgestiegen, gehen wir!“ Bald darauf erschien Landtagsabgeordneter Etmann vor dem Lokal. Unter Mithilfe der Kräfte der Wache auf ihn los, und es bedurfte aller Kräfte, um ihn zu halten. Ein Haar Meter breit vor dem Lokal wurde der Platz geräumt, aber aus der Masse heraus stiegen über die Köpfe der Wacheleute größere Steine und zertrümmerten mehrere Fensterscheiben, sodaß zahlreiche auf der Veranda gegenüber sitzende Gäste in große Gefahr gerieten. Ein anderes Auto, das mit einem christlichsozialen Agitator fort fuhr, wurde überfallen und der Christlichsoziale angegriffen. Die Führung der Belagerung übernahm gegen 4 Uhr der sozialdemokratische Kandidat Domes und sein Adjutant „Genosse“ Hummel. Der Bruder des christlichsozialen Kandidaten, Finanzrat Sturm, wurde in der Hofgasse nachmittags von einem Trupp Sozialdemokraten überfallen und derart mißhandelt, daß er in seine Wohnung getragen werden mußte; wo er das Bett hüten muß! Ein Gewerbetreibender, der für den christlichsozialen Kandidaten agitierte, wurde in den Häusern Friedberggasse 13 und Wiedner Hauptstraße 104 von Sozialdemokraten überfallen und konnte erst durch die Wache befreit werden. Die Insassen des von den Roten belagerten christlichsozialen Agitationslokals im Gasthof Weibler an der Wiedner Hauptstraße konnten das Lokal erst verlassen, als eine Abteilung berittener Wache sie befreite. — Nach Mitternacht hatten die Dittoringer „Genossen“ über 1500 Agitatoren geworfen. Um 11 Uhr vormittags sechs christliche Arbeiter in die Kullmayergasse gingen, um zu agitieren; stellte sich ihnen ein siebenjähriger Junge in den Weg und befragte sie, für welche Partei sie agitieren. Auf die Antwort: „Für die christlichsoziale,“ ließ der junge Junge einen schrillen Pfiff ertönen; worauf von allen Ecken Genossen herbeieilten und auf die Christlichsozialen losließen. Ein christlichsozialer Arbeiter wurde derart schwer verletzt, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte; ein zweiter mußte sich schwer verletzt nach Hause begeben. Erst als endlich Wache einschritt, lösten die kaiserlichen Genossen, es gelang jedoch, zwei der Mädelführer dingfest zu machen.“

Diese Darstellung wird noch wirksam ergänzt durch das folgende Stimmungsbildchen, welches wir der Kreuzzeitung entnehmen:

„In Czernowitz (Bukowina) gingen zwei Bewerber um das Mandat ein bürgerlicher und ein sozialdemokratischer. Die Zeitungsjeder sämtlicher Druckerien stehen im sozialdemokratischen Lager und haben dieser Tage beschlossen, Aufsätze und Flugblätter gegen die Sozialdemokratie nicht mehr zu lesen. Sollten einzelne Seher durch Androhung der Entlassung gezwungen werden, gegen den Beschluß zu handeln, so soll ein allgemeiner Streik ausbrechen. Das ist die Zensur in schärfster Art. Im Seheraal wird jedes Manuskript daraufhin geprüft, ob es sich gegen die Sozialdemokratie richtet oder nicht. Von dem Ausspruch der sozialdemokratischen Zensur ist das Lesen der einlaufenden Manuskripte abhängig.“

Wir bekommen hier einen Vorgeschmack von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat, der ohne Zensur nicht auskommen kann. Denn nach Verstaatlichung der Buchdruckerien, Zeitungen und Literatur wird nur gedruckt werden dürfen, was die Führer und Agitatoren für zweckmäßig halten. — Tropdem werden sie weiter schwindeln vom „gleichen Recht für alle“.

Den Sozialdemokraten wird sich wohl ob ihrer Haltung bei der Reichsversicherungsordnung. Die sozialdemokratische Dortmunder Arbeiterzeitung führt in ihrer Nr. 147 folgenden Untertitel aus: „Hätten alle diejenigen, die das Maul aufreißten über die regierende Politik der Sozialdemokratie, deren Antezug zugestimmt, wir hätten heute eine andere Versicherungsgefeßgebung. Die Sozialdemokraten verlangten zum Krankenversicherungsgefeß, und dann folgen alle Nummern der roten „Wahrscheinlichkeitsmaschine“ wie im Kino. Woher die Mittel kommen; das geniert die Sozialdemokratie ja herzlich wenig. Der Geißel, der von den verschiedensten Seiten gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten gespielt wird, zeigt, daß sie recht gehandelt haben; indem sie das Erreichbare nahmen und keinen Utopien nachjagten. Als Beweis hierfür sei zur Erinnerung unserer Kollegen einiges aus den Auslassungen des nationaldemokratischen Wochenblattes „Der deutsche Bürger“ zur Reichsversicherungsordnung wiedergegeben. Es heißt da in Nr. 10 u. a.: „Ein Beispiel für unsere heutige Papagen- und Wamachenspolitik ist die neben dem Reichsgefeß angenommene Reichsversicherungsordnung, die in über 100 Kommissionsitzungen verberaten worden war: : : Abgesehen davon erweitert aber das Gefeß die Einkommensgrenze für die Krankenversicherungspflichtigen von 2000 M. auf 2500 M. Hiernach werden fünfzig Volkstheile staatlich beschützt werden; die finanziell so gut dastehen, daß sie jedweden wirtschaftlichen Bedenken ihrer wirtschaftlichen Privatverhältnisse als Befähigung empfinden müssen.“ — Hierzu brauchen wir kein Wort zu verlieren. Wollten wir auch nicht. Nur wollten wir die Meinung der Nationaldemokraten der der Sozialdemokraten gegenüberstellen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Frankfurt a. M. Die Heiligen Klempner und Installateure beschließen in eine Lohnbewegung einzutreten. Unter den Heiligen Bauhandwerkern sind sie zurzeit noch die einzigen Berufsleute, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht tariflich geregelt sind. Schon im Jahre 1908 wurde der Versuch

gemacht, einen Tarif mit den Arbeitgebern abzuschließen. Aber auch ein etwa dreiwöchentlicher Ausstand führte nicht zum Ziel; wegen der schlechten Organisationsverhältnisse in diesen Berufen. Trotz der ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse war den Heiligen Klempnern und Installateuren der Organisationsgedanke schwer begreiflich zu machen. Darin tritt nun jetzt eine Wendung zum Besseren ein. Die Löhne sind aber auch für Frankfurter Verhältnisse geradezu unhaltbar. Die jungen Gesellen erhalten nach Zurücklegung der dreijährigen Lehrzeit Wochenlöhne von 15, 12, ja sogar 10 M.; hierunter befinden sich tüchtige Kräfte, deren praktische Leistungen von der Prüfungskommission mit Ehrenpreisen ausgezeichnet wurden. Weiter findet man hier für ältere Gesellen Stundenlöhne von 30 bis 35 Pfg.; und für selbständig Arbeitende von 45—55 Pfg. Ganz selten nur ist ein Stundenlohn von 60 Pfg. und mehr zu bezichtigen. Da die Konjunktur im Baugewerbe heute eine bessere ist, wie in den letzten Jahren; wird die Tarifbewegung diesmal hoffentlich mit Erfolg gekrönt werden. Mögen die Klempner und Installateure inzwischen dafür sorgen, daß auch der letzte noch draußen stehende Berufscollega der Organisation beiträgt; denn, Einigkeit macht stark.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschluss ein Verzicht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulassen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Former gesperrt.

Schloß-Holt. Auf der „Holtzer Eisenhütte“ (Inh. Dr. G. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugun von Beschlagschmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft J. Schönow ist Streik ausgebrochen. Zugun von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailkerwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Menden-Wesperde. Auf „Neuwalzwerk“ stehen die Drahtweber in Kündigung. Im gleichen Betrieb sind im Feinzug Differenzen ausgebrochen. Zugun von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Dortmund. Der Arbeitssachmelde des Arbeitsgeberverbandes, Moritzgasse 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt.

Siegen. Die Siegener Stahlröhrenwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Akkordreduzierungen für die Arbeiter aller Berufe gesperrt.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkeret ist die Sperre verhängt.

Siegen. Bei der Firma Peipers & Cie., Walzenbreheret und Gießerei, stehen die Walzenbreher im Streik. Zugun von Walzenbrehern ist streng fernzuhalten.

Willingen (Kreis Rhes). Auf dem Buddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugun von Buddelern und Walzwerksarbeitern ist fernzuhalten.

Zugun ist fernzuhalten.

Regensburg. Der Schlosserstreik ist mit einem Teilerfolg für die Arbeiter beendet.

Barmen-Nittershausen. Der Streik bei der Firma Köhler und Bovenkamp ist beendet.

Welsert. Die Differenzen auf dem Eisenwerk Krone sind beigelegt.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Juli 1911 der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Juli 1911 fällig.

Die Ortsgruppen Höchst a. M. und H. H. erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Dortmund. Das Mitgliedsbuch Nr. 11771, ausgestellt auf den Namen Heinrich Schole, Klempner, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Kollege Josef Rupp, Buchnummer 109 088, aufgenommen in Ingolstadt, wird gebeten, zwecks Uebermittlung seines Mitgliedsbuches der Zentrale seine Adresse anzugeben.

Aus dem Verbandsgebiet.

Magdeburg. Der Kampf um die Ideale des christlichen Arbeiterstandes; war das Thema eines Vortrages, den der Kollege Gilling-Vogel am 15. Juni in einer Versammlung unserer Bezirksstelle hielt. Der Vortragende wies hin auf die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat und auf die Zunahme der Bevölkerung, die fast ganz von der Industrie aufgenommen wird. Daraus ergibt sich die wachsende Bedeutung des Lohnarbeiterstandes. Um die Anerkennung ihres Standes aber führen die Lohnarbeiter schon seit Jahrzehnten Kämpfe auf wirtschaftlichem, politischem und geistlichem Gebiete. Die durch den Mißbrauch der sog. „freien“ Gewerkschaften zu politischen Zwecken notwendig gewordenen christlichen Gewerkschaften führen auch einen Kampf um die von den sozialdemokratischen Gewerkschaften bezwehten christlichen Ideale. Und dieser Kampf wird nicht unfruchtbar geführt. Wohl oder übel haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften die christlichen anerkannt. Bei zahlreichen Bewegungen; Tarifabschlüssen usw. hat sich das gezeigt. Auch auf die öffentliche Meinung hat die christliche Gewerkschaftsbewegung heute schon einen größeren Einfluß als die sozialdemokratische; was am deutlichsten beim Bergarbeiterausstand im Jahre 1905 in Erscheinung trat. Auch von Seiten der Arbeitgeber und der Regierung können die Arbeiter-

forderungen heute nicht mehr als revolutionär und als Bewegungen des „inneren Feindes“ bekämpft werden. Somit hat die gesamte deutsche Arbeiterschaft, auch die sozialdemokratische, der christlichen Gewerkschaftsbewegung viel zu verdanken. Zum Schluß erwähnte der Redner die Kollegen zu treuen Mitarbeitern in der Agitation und zur Betätigung wahrer Arbeitertugenden. — Wenn der christliche Metallarbeiterverband zur Zeit eine Mitgliederzahl von über 40 000 erreicht hat; so muß das für uns ein Ansporn sein, mit allem Eifer daran zu arbeiten, daß die Zahl 50 000 recht bald erreicht wird. In der Diskussion erwähnte auch unser Vorsitzender zur Verbeirung. Es sei zu beklagen, daß die hiesige Bezirksstelle zu den Fortschritten unseres Verbandes in der letzten Zeit gar nichts beigetragen habe. Das veranlaßte den Referenten, einige nachahmenswerte Beispiele von Erfolgen der Kleinagitation vorzubringen und die Kollegen zur Nachahmung anzusprechen. Mit Worten des Dankes an den Kollegen Gilling schloß darauf der Vorsitzende die leider nur mäßig besuchte Versammlung.

Müßelsheim a. Main. „Deutscher Metallarbeiterverband und bis im Betriebe in Frage kommenden Berufsorganisation“, so waren „an die gesamte Arbeiterschaft bei der Firma Opel in Müßelsheim“ gerichtete Einladungen zu einer „allg. Betriebsversammlung“ am 13. Juni ds. J. unterzeichnet. Obwohl in der Opel'schen Fabrik neben dem Deutschen auch der christliche und S.-D. Metallarbeiterverband in Frage kommen, waren die beiden letztgenannten Organisationen von dieser Einladung nicht unterrichtet. Ja, diese „allg. Betriebsversammlung“ war lediglich einberufen, um in einseitiger Weise für den roten Verband und die sozialdemokratische Partei Mitgliederzug zu betreiben. Herr Reichstagsabgeordneter Karl Severing aus Bielefeld sprach über das Thema: Das Fundament und die Stützpunkte für den kulturellen Aufstieg der Industriearbeiter. Mit den Klappsteinen, die die Handwerkergehilfen des Mittelalters um den „Blauen Montag“ geführt, beginnend, gab er — sich auf Friedrich Engels, Marx und Lasalle berufend — ein Bild über den Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung zum besten. Dabei kam er auch auf die in den 90er Jahren durch „Kampfpunkte und Unternehmer“ gegründeten christlichen Gewerkschaften zu sprechen. — „Wo diese „Ausgewerkschaften“ sich stark fühlen; und das ist an zahlreichen Orten der Fall, lehnen sie es nicht nur ab, gemeinsam mit uns vorzugehen; sondern sie treten direkt gegen uns auf.“ — Das Gemeinam-torgehen verstehen die Genossen natürlich auf ihre Art; wie die famose Einladung zu erwählter Versammlung zeigt. Was das „direkt gegen uns aufzutreten“ anlangt, so dachte Herr Severing dabei jedenfalls an den Kampf, den die christlichen Metallarbeiter im Herbst 1907 in Bielefeld gegen ihre terroristischen roten Arbeitsbrüder siegreich bestanden haben. Jedem, der Herr Severing nicht erst in dieser Versammlung kennen lernte, fiel die Veränderung auf, die in seiner Ausdruckweise vorgegangen ist. 1907 predigte er den Bielefelder Genossen: „Ihr müßt nicht mit den Christlichen sprechen und ihnen keine Arbeit zeigen; damit sie nichts verdienen, bis der letzte Mann hinausgeschickt ist“, während er jetzt den Müßelsheimer Genossen den Rat erteilte: „Die Maschinen der gewerkschaftlichen Mähes so straff anzuziehen; daß ein Hindurchschlüpfen unmöglich ist.“ Zum Schluß ließ Herr Severing dann die Rede aus dem Saal, indem er wörtlich sagte: „Diese Versammlung ist auf Grund des § 152 der G.-D. einberufen. Ich darf Ihnen deshalb nicht sagen; daß Sie nicht nur tüchtige Gewerkschaftler; sondern auch gute Sozialdemokraten sein müssen; wie gesagt; ich darf das nicht. Das eine darf ich Ihnen aber sagen: Sorgen Sie dafür, daß beide Arme am Körper der deutschen (sozialdem.) Arbeiterbewegung gesund und rüstig bleiben zum Kampf.“ So sprach der Mann, der kurz vorher im selben Vortrage noch meinte, er könne es nicht verstehen, wie die deutsche Arbeiterschaft sich angesichts der einheitlichen Unternehmerverbände noch den Lugus von „Weltanschauungsgewerkschaften“ erlaube. Nachdem der Mainzer Geschäftsführer des roten Metallarbeiterverbandes Genosse Piehler den Genossen noch geraten, die „Brüder in Christo“ genau im Auge zu behalten; auch wenn dieselben nur einzeln auftauchen; fand diese Versammlung mit einem Hoch auf den roten Verband ihr Ende. Was für uns an diesem Vorgang besonders bemerkenswert ist; ist die Art und Weise, wie der „deutsche“ Metallarbeiterverband allg. Betriebsversammlungen einberaumt, um darin offen für die sozialdemokratische Partei zu agitieren. Aber auch in anderer Hinsicht war diese Versammlung für uns interessant. Herr Severing bezeichnete als das „Culziel“ der deutschen (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung die Befreiung des Proletariats von der Herrschaft des Privatkapitalismus; die Lohnreduzierungen und Arbeitszeitverkürzungen seien nur Stufen auf dem aufsteigenden Weg dieser Bewegung. Hier spricht man es also offen aus; daß es dem roten Verband nicht darum zu tun ist, die Lage der Metallarbeiter zu verbessern; sondern er will lediglich „die Befreiung des Proletariats“, mit anderen Worten; den Umsturz, beschleunigen helfen. Wir sind der festen Überzeugung; daß auch die „hunderttausend Hakenhische“, die vom roten Verband eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhoffen; es mit der Zeit noch einsehen werden, daß nicht durch Beschimpfen und Verleumdungen andersgeinnter Arbeitsbrüder; noch durch schöne Reden über den Zukunftsstaat ihre Lage verbessert wird; sondern einzig und allein durch tüchtige gewerkschaftliche Gegenwartsarbeit. Wesen sind aber die Demagogen vom sozialdemokratischen Verband nicht fähig. Deshalb gilt es; unermüdet an der Aufklärung der irreführenden Kollegen zu arbeiten und dieselben für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen suchen. Ohne sich von Zukunftsstaatsträumereien blenden zu lassen; ist derjenige einzig und allein in der Lage; die deutsche Metallarbeiterchaft einer zufriedenstellenden Zukunft entgegen zu führen.

Havensberg-Weingarten. Besondere Gründe veranlassen uns zu einer Besprechung der Verhältnisse in der Maschinenfabrik Weingarten. Vorweg sei anerkannt, daß sich die Betriebsleitung bemüht; den Betrieb zu einem konturnenzfähigen zu machen; durch eine Betriebsvergrößerung wurde die Zahl des Personals auf 560 erhöht. Es ist nun begreiflich; daß hierbei nicht alles zur vollsten Zufriedenheit Jamohl der Arbeiter; als des Betriebes ausfiel; sei es; daß die Firma nicht für alle Plätze und Maschinen die erforderlichen Kräfte; oder die Arbeiter nicht in allwegen die ihnen von rechts wegen zustehende Behandlung durch die Vorgesetzten fanden. Das eine darf jedoch gesagt werden; die Arbeiter befanden jedenfalls so viel Interesse an der geistlichen Fortentwicklung des Betriebes wie jene Meister; welche unbekümmert um jugendliche Rechte und Pflichten; junge Arbeiter ohne daß sie diese einer Pflichtwidrigkeit schuldig machen; derart ins Ge-

nis. Auffallender Weise geschieht dies aber sehr oft von solchen Leuten; die sonst in ihren Parteiveranstaltungen nicht genug über die „Schlichtigkeit“ und „Gewissenhaftigkeit“ des Unternehmens und der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ wolkeln können.

Unsere Kollegen erschrecken aber hieraus wieder einmal, wie die Genossen den Kampf gegen unsere Organisation führen. Anscheinend glaubt man wieder einmal im Trüben fischen zu können. Allein damit sind die Genossen nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die hiesigen Arbeiter wollen eben keine sozialdemokratische Phrasen, sondern praktische Gegenwartsarbeit und schließen sich deshalb dem christlichen Metallarbeiterverband an. Daran ändern auch die Schimpfereien und die Verleumdungsfucht der Genossen in ihrem Organ nicht das Geringste.

Falkau (Schwarzwalde). Über die gewerkschaftliche Lage in unserem Bezirk und unsere Aufgaben in der Zukunft sprach hier am 11. Juni Bezirksleiter Kollege Gengler. Nebenher erinnerte er einleitend an den Zwölfjährigen Kampf im vorigen Jahre; der christliche Metallarbeiterverband habe damals gezeigt, daß er auch auf dem Schwarzwalde einen ernstlichen Kampf zur Verbesserung der unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu führen wisse. Der Kampf in Falkau habe für die Arbeiterschaft Erfolge gebracht; die sich sehen lassen dürften; diese Erfolge waren aber nur deshalb möglich, weil die Arbeiterschaft im christlichen Metallarbeiterverband organisiert war. Bedauerlich sei nur gewesen, daß zähe Festhalten der Schraubenfabrik an dem überlebten Herrenstandpunkt. Auf ein patriarchalisches System; bei dem unter den heutigen Verhältnissen der Arbeiter stets der Leidtragende sei, müssen wir im Interesse unserer selbst verzichten. Der Herrenstandpunkt der Schraubenfabrik sei um so unbegreiflicher gewesen, als er einer Organisation und Arbeiterschaft gegenüber in der schroffen Form geübt wurde; die den Privatunternehmer als Eigentümer anerkennt und notwendig in der Produktions- und Gewerkschaftsordnung anerkennt. Bestrebend war dieses Verhalten umso mehr, als das Werk finanziell sehr wohl in der Lage war, die gerechten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Trotz aller Schwierigkeiten wurde der Kampf mit Erfolg durchgeführt. Für die Zukunft heißt es; das Errungene hochzuhalten und weiter auszubauen. Das kann nur geschehen durch eine Stärkung der Organisation nach innen und nach außen. Nach innen dadurch, daß die Mitglieder des Verbandes mehr als bisher an ihrer eigenen Weiterbildung arbeiten; ihr Wissen vervollkommen. Dazu dient das Verbandsorgan und die Versammlungen. Nebenher gab eine Reihe beachtenswerter Hinweise, besonders über das Leben des Organs und seine Bedeutung. Nur dann, wenn wir uns schulen und bilden, können wir uns den nötigen Einfluß sichern. Eine Stärkung nach außen ist notwendig zur Erhaltung unserer Position und zur Erreichung weiterer Vorteile. Darum heißt es: Mitglieder sammeln! Gerade in Falkau, wo der Erfolg der Organisation so offen zu Tage liegt, sollte auch der letzte Arbeiter zur Erkenntnis kommen, daß er es sich selbst schuldet, dem Verbande beizutreten. Nehmen wir den christl. Metallarbeiterverband von Falkau weg. Die Folge wird sein, daß die Arbeiter wieder viel schlechter gestellt werden. Das sollten sich besonders die Unorganisierten merken, die ebenfalls den Vorteil des Kampfes mit einheimischen; die ernteten; wo sie nicht gefat hatten. So etwas ist eines charaktervollen Menschen nicht würdig. Es ist unedel gehandelt; andere allein Opfer bringen und kämpfen zu lassen und wie die Drohnen lediglich mitzugehen von der Arbeitsfrucht anderer. Weictritt und treues Festhalten an der Organisation muß unsere Parole sein. Da dürfen wir uns nicht abhalten lassen von all denen, die zur Rechtfertigung ihres von Egoismus triebenden Standpunktes auch uns vom Verbande fernzuhalten suchen. Unser Recht lassen wir uns nicht nehmen. Wir haben in Deutschland den paritätischen Staat der allen Staatsbürgern gleiche Rechte und Freiheiten gibt. Wenn die Arbeitgeber für sich das Organisationsrecht in Anspruch nehmen, muß der Arbeiter es ebenso tun. Wer dem Arbeiter dies Recht nehmen will; der zeigt, daß er nicht auf dem Boden unseres Rechts steht und er handelt im wahrsten Sinne des Wortes revolutionär und reaktionär. Es wäre zu wünschen, daß man sich auch auf dem Schwarzwalde und in Falkau insbesondere; zu einer freierlichen, sozialeren Auffassung in Arbeitgeberkreisen durchbringen würde. Große Verbände von Arbeitgebern und Industriellen halten es im Interesse des Gewerbes; der Industrie und der ganzen Volkswirtschaft für besser; daß die Arbeiterschaft sich organisiert und das Arbeitsverhältnis von den beiderseitigen Organisationen geregelt wird. Bekannt ist der Beschluß der Wormser Malermeister; die nur noch organisierte Arbeiter beschäftigen wollen. Auch unsere Kollegen in Falkau haben gezeigt, daß ihnen das Gedeihen des Werkes sehr am Herzen liegt und haben ihre Verpflichtungen toll erfüllt. Das sollte man auch anerkennen. Mit Speichellebern und einer geknechteten Arbeiterschaft ist dem Unternehmer nicht gedient. An unseren Kolleginnen und Kollegen ist es jetzt, nach dem schweren Kampfe auch weiter treu zum christlichen Metallarbeiterverband zu stehen. Ein Heißhunger, der seine Fäulnis verläßt. Nebenher wies jodann noch auf verschiedene Mißstände hin; auf deren Abschaffung hingewirkt werden müsse; und schloß seine begeisterten Ausführungen mit der Aufforderung; daß die Falkauer Arbeiterschaft die Zeichen der Zeit erkenne; sich ermanne und alle Kräfte anstrengt zum Ausbau und zur Stärkung unserer Bewegung. — Der Herr Ortsleiter; der ebenfalls die Versammlung mit einem Besuche beehrte; pflichtete den Ausführungen bei und ermahnte die Arbeiter; fest zur Organisation zu stehen. Das ist besser; als nur dem Vergnügen gefolgt. Was die Arbeiter der Organisation zu verdanken haben; leidet ein Blick auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse in Falkau von einst und jetzt; sowie auch ein Vergleich mit denen auf dem übrigen Schwarzwalde. Jeder der an diesem Verteilen teilnimmt; hat auch die Verpflichtung der Mitarbeit. Sonst läuft die Arbeiterschaft Gefahr; daß ihre Lage wieder verschlechtert wird. Insbesondere wünschte der Herr Nebenher; daß die soziale Auffassung über die Gleichberechtigung und Anerkennung des Arbeiterstandes in weitere Kreise dringe. (Veh. Beifall)

Zu keinem Schlußwort wies Kollege Gengler nochmals auf die Bildungsmöglichkeiten und die Notwendigkeit des Wachstums des Verbandes hin. Wenn allerwärts unsere Bewegung voran geht; dann darf auch Falkau nicht zurückbleiben. Damit leisten die Kollegen für sich und ihre Familien mündlich mehr als Arbeit; als wenn sie nur dem Vergnügungsklubbing halbigen. Eine Erholung dem Arbeiter zu gebender Zeit; daneben darf aber nicht die wichtige Standarbeit vernachlässigt werden; die dem andern vorangestellt werden muß. Der christl. Metallarbeiterverband gibt uns leistung

mehr als jeder Vergnügungsverein. Darum auf zur Verberbeit für unseren christlichen Metallarbeiterverband.

Aulendorf (Oberschwaben). Gegen 3000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörige anderer Gewerkschaftsrichtungen hatten sich am 18. Juni zu einer imposanten Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiter Oberschwabens in Aulendorf eingefunden. Morgens war eine sehr zahlreich besuchte Verbandsversammlung. Nachmittags war die eigentliche Kundgebung. Herr Stefan Schmid hielt die Begrüßungsaussprache; dabei die Bedeutung dieser gemeinsamen Volkswindgebung hervorhebend. Kollege Reichstagsabg. Schmidt-München sprach über die neue Reichsversicherungsordnung. Unter riesigem Beifall der Massenversammlung wies er; die Bedeutung dieses großen Reformwerkes besprechend; die unwarbaren Angriffe der Sozialdemokratie wirkungsvoll zurück. Landtagsabgeordneter Kollege Andre-Stuttgart verbreitete sich in seiner Ansprache über die idealen Triebkräfte der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung; betonend; daß nicht lediglich organisatorische und agitatorische Arbeit die christliche Arbeiterbewegung groß gemacht; sondern auch religiös-jüdische und nationale Ideale. Gesamtverbandssekretär Kollege Krug-Stuttgart sprach über die Frage: Warum treiben wir soziale Reform? Trotz der fortschreitenden Verbesserung der Verhältnisse; so führte er u. a. aus; lebt immer noch ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft in Not und Elend. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiterschaft kann auf Grund seines Einkommens teilnehmen an den Segnungen der Kultur. Die christliche Sozialreform sucht die Ursachen der Unzufriedenheit zu beseitigen und die Arbeiterschaft vor einem Klassenkampf zu bewahren; indem sie gemeinsam mit den anderen Ständen und diese zusammen mit der Arbeiterschaft für das soziale Wohl aller Stände eintritt. Nebenher leitete jodann die Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten vom Standpunkt des evangelischen Arbeiters aus gegen einige Angriffe von Einseitigern aus dem evangelischen Arbeitervereinstreife Württembergs. Brüderlich sollen katholische und evangelische Kreise zusammen im öffentlichen Leben durch eifriges; soziales Wirken; insbesondere in der christlichen Gewerkschaftsbewegung; Ehre einlegen für Christentum und Volk. Sekretär Groß vom neuen Eisenbahnerverband sprach über die württembergische Staatsbeamten- und Arbeiterbewegung; besonders hervorhebend; daß es dem neuen christlich-nationalen Grundlageden Eisenbahnerverband; trotz der Angriffe des jetzt im S.-D. Lager stehenden alten Verbandes innerhalb 1 1/2 Jahren gelungen ist; 3000 Mitglieder um seine Fahne zu sammeln. Auch die neue christliche Organisation der Walzwerker wachst erfreulich rasch. Die Verbände haben gerade bei den Beratungen über die Gehaltsvorlage im Landtage durch ihre Eingaben mit sachhaltigem Material die Interessen der Arbeiter sehr wirksam vertreten. Der starke Beifall; der allen Rednern gezollt wurde; bewies die Einigkeit aller in diesen wichtigen Fragen. Eine Resolution; die den christlichen Arbeiterabgeordneten für ihre Arbeit bei der Reichsversicherungsordnung den Dank und das Vertrauen der christlichen Arbeiter ausdrückt; wurde einstimmig angenommen. Zu den zu gleicher Zeit in Delbe i. B. tagenden weltfächlichen Arbeiterkongressen wurde zum Zeichen der Einigkeit und Solidarität der christlichen Arbeiter in Süd und Nord ein Begrüßungstelegramm abgefaßt; das in gleicher Weise erwidert wurde. Die imposante Kundgebung hat im württembergischen Oberlande wesentlich zur Stärkung des Organisationsgedankens wie auch zur gegenseitigen Fühlungnahme zwischen den konfessionellen Vereinen und christlichen Gewerkschaften beigetragen. Wenn so weiter gearbeitet wird; dann wird die Frucht nicht ausbleiben.

Soziales.

Verband westdeutscher Konsumvereine (Mülheim-Rhein)

Derjelbe hält am 23. und 24. Juli in Köln; Coloniahaus; Nachmerstraße; seinen vierten ordentlichen Genossenschaftstag ab. Neben den für diese Tagung im Statut vorgesehenen Punkten stehen 2 Referate auf der Tagesordnung und zwar: 1. Genossenschaftliche Grundzüge. Referent: Bankdirektor Feldmann-Bonn; und 2. Unsere nächsten Aufgaben. Referent: Geschäftsführer Bijlitz-Berden. Außerdem findet am zweiten Tage eine Besichtigung der Neuanlagen (Bäckerei; Lagergebäude und Büro) der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ Mülheim (Rhein) statt. Genannter Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens außerordentliche Fortschritte gemacht. Das Fehlen eines neutralen; reinen Konsumvereinsverbandes führte bekanntlich zur Gründung desselben; die im Dezember 1908 mit 48 Vereinen erfolgte. Heute sind dem Verband zwölf Konsumvereine über 90 Genossenschaften angegeschlossen; unter denen sich auch solche befinden; die wegen der dort vorherrschenden sozialdemokratischen Tendenzen aus dem Zentralverband in Hamburg ausgetreten sind. Der westdeutsche Verband ist fortgesetzt im Vormarsch begriffen. Während die übrigen Verbände von Rheinland und Westfalen; was Zahl der Vereine angeht; stagnieren; laufen bei ihm immer wieder Neuanmeldungen ein. Im verfloffenen Jahre wurde bei einem Umfah von 13 946 003,11 Mk. ein Ueberfluß von 1 335 241,72 Mk. erzielt. Die Mitgliederzahl stieg von 36 750 auf 52 715.

In dem jähändigen Fortschritt des Verbandes liegt der Beweis; daß seinen Prinzipien und Tendenzen eine gesunde Verbekraft innewohnt. — Wie aus verschiedenen in der Fachpresse bisher erschienenen Artikeln hervorgeht; strebt die Leitung des Verbandes den Zusammenschluß aller in Deutschland bestehenden sozialdemokratischen Konsumvereine an und würde die Verwirklichung dieser Idee zweifellos eine Förderung der gesamten Konsumvereinsbewegung im Gefolge haben. Der eben erschienene Jahresbericht behandelt in seinem ersten Teil die Stellung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung; während der zweite Teil einen genauen Bericht über seine Tätigkeit im Geschäftsjahre 1910 umfaßt. Der Bericht kann nützlichlich vom Sekretariat des Verbandes in Mülheim (Rhein) bezogen werden.

Briefkasten.

An Mehrere. Eine ganze Anzahl von Einwendungen mußten für die nächste und nächstfolgende Nummer zurückgestellt werden. Wir bitten alle Kollegen bei Abfassung der Artikel fürs Organ stets das Wort zu beherzigen: „Kürze ist Würze.“ — Sterbetafel folgt in nächster Nummer. An die bayrischen Zahlstellen. Wir machen darauf aufmerksam; daß die großen Jubiläumskarten nicht mehr gültig sind. Mit diesen Marken frankierte Briefe oder Karten werden nicht entwertet; es muß hier dafür 20 Pfg. resp. 10 Pfg. Straßporto gezahlt werden. Wir bitten das bei allen Zusendungen an die Zentrale zu beachten.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Samstag den 8. Juli: Altenvörde Abends 8 1/2 Uhr im Lokale Teefer. Berlin-Norden Abends 7 1/2 Uhr bei Thiede; Hufitenstraße 4/5 Dortmund-Dorffeld. Abends 6 Uhr bei Sturm. Essen-Kleingewerbe. (Kampner; Schmiede; Schloffer etc.) Abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße 19. Auswärts. Nebenher. Geisweid. Abends 8 1/2 Uhr im Gasthof Schäfer. Günstigfeld. Abends 8 Uhr bei Dahrendorf. Gattingen. Bei Haumer mit Abrechnung. Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Bierel; Breitestraße 11A. Köln-Kalf. Abends 9 Uhr bei Höntgeberg; Dreuerstraße. Karlsruhe. Abends 7 1/2 Uhr im Palmgarten; vorher Vorstands- und Vertrauensmännerung. Mannheim-Stadt. Abends 7 1/2 Uhr im Bernharbuschhof. K. 1. 5. München. Abends 8 Uhr im Gasthaus „Neopoldstadt“; Senefelderstraße 11 1/2. Reheim-Zundern. Abends 8 1/2 Uhr bei Funke. Vogelsang. Abends 8 1/2 Uhr bei Lederecht Drevermann.

Sonntag den 9. Juli:

- Bochum II. 11 Uhr bei Laich (fr. Stanior) am Marktmarkt. Bonn. Morgens 10 Uhr bei Witz; Wilhelmstr. Dortmund-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Zellenberg. Dortmund-Lünen. Vorm. 11 Uhr bei Körver. Dortmund-Barob. Vorm. 11 Uhr bei Witwe Schnittler. Dortmund-Cörne. Vorm. 11 Uhr bei Drees; Kaiserstr. Dortmund. Nachm. 4 Uhr: Gewerkschaftsfest auf der Buschmühle. Die vollständige Beteiligung aller Kollegen; auch der der nächsten Umgebend; ist Pflicht. Düsseldorf-Math. Vorm. 11 Uhr bei Schulten; Münsterstr. Düsseldorf-Gler. Vorm. 11 Uhr bei Haafefeld; Humbertstraße 120. Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Boffen; Buegallee. Düsseldorf-Beurath. Abends 7 1/2 Uhr bei Lampenscherf; Mittelstraße. Duisburg-Heudorf. Vorm. 11 Uhr bei Hafertkamp; Blumen- u. Kammerstr.-Ecke. Ref. G. Henseler; wichtiger Vortrag für Jugendliche. 10 1/2 Uhr Vorstandssitzung. Duisburg-Heudingen. Vorm. 11 Uhr bei Klinge; Düsseldorfstraße. Duisburg-Rheinhausen. Abends 8 Uhr bei Ref. Essen-Jugendklasse. Nachm. 5 Uhr Zusammenkunft für die Sektionen Holsterhausen und Frohnhausen mit interessantem Vortrag im Bürgerheim; Hohenstraße. Essen-Vottrop. Nachm. 3 1/2 Uhr bei Zoogemann. Essen-Altendorf. Vorm. 11 Uhr bei Wink; Altendorferstraße 299. Essen-Nordost. Vorm. 11 Uhr im Eiskeller; Deuffstraße. Essen-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Rathberg. Ref. R. Gröne. Hamm-Berge. Abends 6 Uhr: öffentliche Versammlung. Referent: Kollege Henneberg-Imma. Hamm-Westen. Mittags 11 Uhr. Hagen-Alstadt. Morgens 11 Uhr bei Eichhoff. Krefeld. (Jugendsektion.) Nachm. 2 1/2 Uhr in der Reichshalle; 2 1/2 Uhr Abmarsch mit Musik. Köln-Humboldt-Kolonie. Vorm. 11 Uhr bei Gut; Wattstr. Köln-Merheim. Vorm. 11 Uhr bei Schupmacher. Mannheim-Bierheim. Morgens 10 Uhr im „Heffischen Haus“. Meddinghofen-Datteln. 11 Uhr bei Sindern in Meddinghofen. Mitgliedsbuch mitbringen. Reheim-Ortsverwaltung. Nachm. 2 Uhr im Gefellenhaus. Stettin. Nachm. 4 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Referent: R. Winter. Vohwinkel. Morgens 11 Uhr im Lokale W. Schmitz; Kaiserstraße 78.

Montag den 10. Juli:

- Begnitz. Nach Arbeitsluß bei Eichemüller. Auswärtiger Redner.

Dienstag den 11. Juli:

- Gelsenkirchen-Güllen. Abends 6 15 Uhr bei Nachbarschule. München-Maschinenbau. Abends 8 Uhr im Gasthaus Neopoldstadt; Senefelderstr. 11einhalb.

Freitag den 14. Juli:

- Vörsbeim-Biflingen. Abends 8.30 Uhr im Abler. Vortrag über die Reichsversicherungsordnung.

Samstag den 15. Juli:

- Augsburg. Abends 8 Uhr in der Schützenhalle. Barmen. Abends 8.30 Uhr im Zentralhof öffentl. Verf. Thema: Die Reichsversicherungsordnung. Ref.: Kol. Schiffer. Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schülz; Heffalle; Am Sonntaggraben 13a. Gelingen. Abends 8.30 Uhr in der „Alten Krone“. Gelsenkirchen-Merstadt. Abends 8 Uhr bei Wafius. Heilenshaus. Abends 8.30 Uhr bei Küppersbusch; Hauptstr. Port-Emscher. Abends 8 Uhr bei Düding. Köln-Grenfeld. Abends 9 Uhr bei Kornbrüder; Kappelerstr. Leizig. Abends 8.30 Uhr im Mariengarten; Karlsru. 10. Ref. R. Reichert. Vörsbeim-Stadt. Abends 8 Uhr im Prinz Max. (Die R.-B.-D.)

Sonntag den 16. Juli:

- Bochum-Verwaltungsstelle. 3.30 Uhr Treffpunkt am Bahnhof Roddinghausen zum Familien-Ausflug nach Erdenschwid. Wie; besonders die Kollegen der Zechenmetallarbeitersektion sind freundlich eingeladen. Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Wiede; Auguststraße. Köln-Boll. Morgens 11 Uhr bei Fassender; Hauptstraße 28. Köln-Zeus. Morgens 11 Uhr im Lokale „Zur Krone“; Freiheitstraße. Köln-Nachheim. Morgens 11 Uhr bei Busch; Frankfurterstraße. Köln-Delbrück. Morgens 11 Uhr bei Korfchilgen. Köln-Rath-Deumar. Mittags 1 Uhr bei Krein. Köln-Rindenthal. Morgens 11 Uhr bei Söddeler; Bachemerstraße. Reheim-Wiede. Vorm. 11 Uhr bei Arndt.

Essen-Ortsverwaltung. Besuchs Kontrolle gemäß § 6 Abs. 5 und 6 des Statuts werden alle Mitglieder ersucht; das Mitgliedsbuch baldmöglichst zur Abkempfung auf dem Verbandsbureau; Frohnhauserstr. 19; vorzulegen.

Stuttgart. Jeden ersten Samstag im Monat; abends 7 1/2 Uhr im römischen König; Holzstr. 3.

Stuttgart-Zuffenhausen. Jeden zweiten Samstag im Monat; abends 7 1/2 Uhr im Lokale zur Traube. Die Versammlung am 8. Juli fällt aus und wird Sonntag; den 23. Juli abgehalten.

Stuttgart-Cannstatt. Jeden dritten Samstag; Abends 7 1/2 Uhr im Lokale „Alter Kafe“; an der Wilhelmstraße.

Stuttgart-Ludwigsburg. Jeden vierten Samstag; abends 7 1/2 Uhr bei Weimann beim Stuttgarter Tor. Referent in familiären Stuttgarter Sektionsversammlungen im Juli Bezirksleiter Kollege Gengler.

Berlin-Neubitt. Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokale Bergmann; Oldenburgerstr. 3.

Berlin-Ober-Schöne-weide. Jeden letzten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr bei Dlesch.